

(Präsident Schmidt)

- (A) 13 und 14 Uhr, abstimmungsfreie Zeit ist. Ich leite deshalb über auf den

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/807.

Ich eröffne die Beratung zunächst zum Komplex

a) Arbeit, Gesundheit und Soziales

Später folgt der Komplex "Jugend und Familie", danach der Komplex "Migration".

Ich erteile Herrn Abgeordneten Arentz für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau so, wie wir es eben am Beispiel des Etats des Wirtschaftsministers diskutiert haben, gilt für den Haushalt des Arbeits- und Sozialministers, daß es keine wichtigere Frage in dieser Zeit geben kann als die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sorge um mehr Arbeitsplätze.

- (B) Gemessen an diesem Zielpunkt, greift der vorgelegte Haushaltsentwurf für den Bereich des Ausschusses Arbeit und Soziales zu kurz. Minister Horstmann verweist stolz darauf, daß 1,6 Milliarden DM zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in diesem Haushalt zur Verfügung stünden. Er sagt dabei nicht in gleicher Deutlichkeit, daß von den 1,6 Milliarden DM rund 600 Millionen DM nicht Landesgeld, sondern Mittel der Europäischen Union sind. Er sagt nicht in aller Deutlichkeit, daß dabei Mittel des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit sind. Es wird nicht darauf hingewiesen, daß in diesem Betrag eine Menge Verpflichtungsermächtigungen stecken, so daß eigentlich der Finanzminister der Wahrheit näher gekommen ist, Herr Minister Horstmann, der nämlich bei der ersten Lesung des Haushalts darauf hingewiesen hat, daß der Ansatz für Arbeitsmarktprogramme in diesem Haushalt ungefähr 780 Millionen DM betrage; davon seien zwei Drittel landesfinanziert, das heißt rund 550 Millionen DM. Das entspricht einem Anteil am gesamten Landeshaushalt von 0,6 bis 0,7 %.

Wir sagen: 0,6 bis 0,7 % des Haushalts für Arbeitsmarktprogramme bei der hohen Arbeitslosigkeit,

die wir in Nordrhein-Westfalen haben, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt. Es gibt eine schöne Vorlage für den Landesparteitag der GRÜNEN am Wochenende. Das Papier heißt "Ergebnisse der Haushaltsberatungen im Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit". Da steht: Mit einer selbstbewußten und harten Verhandlungsführung konnten wir gegen den zunächst großen Widerstand der SPD-Führung fast alle Anträge durchsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da wird dann als großer Erfolg gefeiert: 8 Millionen DM für soziale Betriebe und 18 Millionen DM mehr für "Arbeit statt Sozialhilfe".

Ich sage Ihnen dazu zweierlei:

Erstens. Natürlich brauchen wir auch Instrumente des zweiten Arbeitsmarkts.

(Alexandra Landsberg [GRÜNE]: Hört, hört!)

Aber es ist absurd, wenn das Land Nordrhein-Westfalen mit gepumptem Geld versucht, die Arbeitsplätze im zweiten Arbeitsmarkt neu zu schaffen, die Sie erst im ersten Arbeitsmarkt zerstört haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Daniel Kreutz [GRÜNE])

- Herr Kreutz, so viele Arbeitsplätze, wie die GRÜNEN-Fraktion mit ihrer Politik zerstört, können Sie im zweiten Arbeitsmarkt gar nicht mehr neu schaffen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Was Sie da als Erfolgsmeldung für Ihre Basis am Samstag und Sonntag herauspusten - 26 Millionen DM für den zweiten Arbeitsmarkt -, muß man einmal vor dem Hintergrund der Haushaltsanträge bewerten, Herr Kreutz, die Sie noch vor einem Jahr hier gestellt haben, als Sie in der Opposition gewesen sind. Da haben Sie nämlich für soziale Betriebe 25 Millionen DM beantragt und für "Arbeit statt Sozialhilfe" 70 Millionen DM mehr, also 95 Millionen DM mehr. Das haben Sie in Ihr Papier nicht hineingeschrieben. Sie feiern nur die 26 Millionen DM ab. Ich muß Ihnen sagen: Sie sind als Koalitionspartner schon sehr billig zu haben. Da sind wir aus Bonn mit der F.D.P. anderes gewöhnt.

(Lachen des Gerd Mai [GRÜNE])

(C)

(D)

(Arentz [CDU])

- (A) Dritter Punkt: Meine Damen und Herren, wenn die Arbeit in den Mittelpunkt des Haushalts gehört, dann ist es für unsere Begriffe nicht nachvollziehbar, daß auf der einen Seite kein Geld für Arbeitsmarktprogramme vorhanden sein soll, aber auf der anderen Seite für unsinnige Ausgaben und Ideologieprogramme wie zum Beispiel die Errichtung eines Referats für Schwule und Lesben, die Errichtung eines Migrationsreferats oder den teuren Umzug des Ministeriums und all diesen Luxus Geld da ist. Das ist eine falsche Ordnung, die Sie hier hineingebracht haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir sagen: Geld für Arbeitsplätze und nicht Geld für die Selbstbedienung von Ideologien.

Vierter Punkt: Der Sozialhaushalt soll offensichtlich einen besonderen Stellenwert für die GRÜNEN haben, um diese Koalition über die Runden zu retten. Es ist interessant, sich das Papier, das Sie Ihren Delegierten vorgelegt haben, näher anzusehen, weil dieses Papier nicht die volle Wahrheit enthält. Ich habe dies eben am Beispiel soziale Betriebe und "Arbeit statt Sozialhilfe" deutlich gemacht, möchte aber noch ein paar Punkte nennen.

- (B) Sie belobigen sich da, daß Sie Hilfen für wohnungslose Menschen in Höhe von 4 Millionen DM in den Haushalt bekommen haben; gefordert haben Sie im letzten Jahr aber 10 Millionen DM. Sie belobigen sich für das Modellprojekt Sozialbüros mit 1,3 Millionen DM; gefordert hatten Sie im letzten Jahr 3,5 Millionen DM. Sie belobigen sich für 250 000 DM für modellhafte Projekte für Behinderte; gefordert hatten Sie 7 Millionen DM im letzten Jahr. Sie schreiben, daß Sie 4 Millionen DM für neue Wohnformen bekommen hätten; gefordert hatten Sie 15 Millionen DM im letzten Jahr. Für die berufsbegleitende Ausbildung zur Pflegefachkraft haben Sie 2 Millionen DM im Haushalt bekommen; gefordert hatten Sie 12 Millionen DM. So können Sie das fortführen, und wir haben die Differenzen zusammengerechnet, Herr Kreutz:

Die GRÜNEN haben im letzten Jahr im Sozialhaushalt Barmittel in Höhe von 343 Millionen DM für dringend notwendig erklärt und gefordert; erreicht haben sie in diesem Haushalt 50 Millionen DM. Das versuchen Sie in der Öffentlichkeit als einen riesigen Erfolg zu verkaufen. Wissen Sie, was das ist? - Das ist Roßtäuschermanier! Sie versuchen, Ihre eigene Basis mit den Zahlen, die Sie hier vorlegen, besoffen zu reden.

- (Marianne Hürten [GRÜNE]: Sie sind besoffen!) (C)

Ich muß Ihnen noch eines sagen: Wenn Sie glauben, Sie hätten die Punkte, die Sie hier erreicht haben, in trockenen Tüchern, dann sollten Sie heute einmal die Zeitung lesen. Wer heute morgen die Zeitung aufgeschlagen hat, der hat gelesen, daß in Hessen, wo auch Rot-Grün regiert, der Finanzminister drei Wochen nach Verabschiedung des Haushaltsplans eine Haushaltssperre erlassen und 30 Prozent der Barmittel sowie 50 % der Verpflichtungsermächtigungen gesperrt hat.

Ich sage Ihnen, was mit Ihren angeblichen Erfolgen passiert: Die können Sie am Wochenende noch auf Ihrem Landesparteitag abfeiern, dann kommt aber Heinz Schleußer und sammelt die Räppelchen bei den GRÜNEN wieder ein. So wird es mit Ihren Punkten geschehen.

(Beifall bei der CDU)

Nächster Punkt: Diese Landesregierung - auch der Minister Horstmann hat diese Unsitte schon übernommen, aber er steht damit natürlich in der Tradition der Amtsvorgänger und des Ministerpräsidenten - trägt immer vor, Nordrhein-Westfalen sei das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland. Ich frage mich, wo denn eigentlich das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland war, als die Landesregierung vor wenigen Monaten beschlossen hat, zu Lasten der Rentenversicherung massenhaft Frühverrentungsprogramme im öffentlichen Dienst zu machen. Sie haben entgegen Ihren Forderungen die Lohnnebenkosten heraufgetrieben und nicht abgesenkt.

Wo war das soziale Gewissen, Herr Minister Horstmann, als Sie mit Ihrem Widerstand bis zum heutigen Tage verhindert haben, daß das Land Nordrhein-Westfalen wie 40 Jahre lang weiterhin für Instandhaltung und Sanierung bei den Krankenhäusern aufkommt? Sie wollten es auf die Krankenkassen abwälzen, und das ist wieder ein Beitrag, um Lohnnebenkosten hochzutreiben.

Ich frage mich - auch das hat etwas mit sozialer Verantwortung zu tun -, wo denn eigentlich das soziale Gewissen Nordrhein-Westfalen war, als dieser Ministerpräsident aus Niedersachsen, der so gerne die Opernbälle in Wien besucht, tiefe Einschnitte in den Sozialstaat gefordert hat. Wo war denn der Aufschrei der nordrhein-westfälischen SPD? Ich frage mich, was passiert wäre, wenn das Herr Stoiber oder ein CDU-Ministerpräsident gefordert hätte.

(D)

(Arentz [CDU])

(A) (Beifall bei der CDU)

Sie hätten hier Aktuelle Stunden beantragt, Sie hätten gar nicht genug bekommen, um sich darüber herzumachen. Wenn es aber einer von Ihnen tut, ist das kein Thema. Sie messen mit zweierlei Maß, meine Damen und Herren.

Und das, was Sie bei Schröder gemacht haben, das machen Sie auch bei Lafontaine. Wo ist denn eigentlich der Aufschrei des sozialen Gewissens dieser Republik gegen diese unerträglichen Hetztiraden von Lafontaine gegen die Aussiedler? - Ich habe nichts gehört.

(Beifall bei der CDU)

Sozialpolitik ist mehr als die Frage um Mark und Pfennig. Sozialpolitik ist auch die Frage, wie man mit Menschen umgeht, wie man sich vor Menschen und vor kleine Gruppen stellt. Da ist jedoch Fehlanzeige bei dieser Landesregierung: Sie stellen sich nicht vor die Menschen, die Ihrem parteipolitischen Kalkül nicht gerecht werden.

Meine Damen und Herren, wir werden diesen Haushalt ablehnen. Er ist fachlich unzureichend, und es fehlt die Konzentration auf das dringendste Thema unserer Zeit, nämlich auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dieser Haushalt ist eine Mogelpackung im Hinblick auf das kommende Wochenende, und er enthält falsche Versprechungen für die grüne Basis.

(B)

Ich muß Ihnen schon sagen: Im Vergleich zu dieser GRÜNEN-Fraktion hier im Landtag und im Vergleich zu Roland Appel und seinen Mitstreitern war die F.D.P. im Jahre 1961 unter Erich Mende ein leuchtendes Beispiel an Geradlinigkeit und Verlässlichkeit.

(Heiterkeit bei der CDU - Dr. Helmut Linsen [CDU]: Dr. Erich Vesper!)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Arentz. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Kuschke. Bitte schön.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Arentz, es stellt sich nach Ihrem Beitrag eigentlich nur noch die Frage, ob Sie bereits auch bei den

GRÜNEN angefragt haben, ob Sie auf deren Parteitag in Hamm reden dürfen.

(C)

(Widerspruch bei der CDU - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Nein!)

Ich weiß nicht, wie die GRÜNEN dann mit diesem Vorschlag umgehen werden.

(Horst-Dieter Vöge [SPD]: Er möchte den Orden wider den tierischen Ernst haben!)

Herr Kollege Arentz, damit wir einen Punkt klarstellen und Vermutungen aus der Welt räumen können: Auch wenn es mir und manchen Kolleginnen und Kollegen manchmal schwerfällt, so sind wir mit Ihnen dennoch viel lieber im Landtag als auf dem Wiener Opernball. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel; das ist keine Alternative.

Sie haben mit Recht davon gesprochen, daß es in allererster Linie darauf ankommt, wie wir mit Menschen umgehen. Wenn wir uns dann, verehrter Herr Kollege Arentz, angucken, in welcher dilettantischer und manchmal auch recht zynischen Art und Weise in Bonn von Herrn Blüm eine Diskussion um die Rentenversicherung geführt wird, dann kann ich Ihnen aufgrund Ihrer Bemerkung nur sagen, daß Sie auf einem falschen Stern leben.

Das Fundament des Sozialstaates wird durch die Bonner Politik in der Frage der Rentenversicherung, durch eine unzureichende Arbeitsmarktpolitik und durch menschenunwürdige und kaum noch zu überbietende Einschnitte in das soziale System ausgehöhlt.

(D)

Das ist die Situation, von der wir ausgehen müssen.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es um so wichtiger, daß im Land Nordrhein-Westfalen und vom Land Nordrhein-Westfalen ein Signal gesetzt wird. Dieses Signal kann nur so lauten, wie es in der Koalitionsvereinbarung auch festgelegt worden ist: Wir wollen den Sozialstaat erhalten und die solidarische Gesellschaft ausbauen. Zum Eckpfeiler unserer Koalitionsvereinbarung gehört soziale Demokratie, basierend auf einem leistungsfähigen Sozialstaat. Und nur auf dieser Grundlage kann die nachhaltige Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft gelingen.

Der Einzelplan 07 zeigt uns: Die Koalition hat ihre sozialpolitische Bewährungsprobe bestanden.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

(Kuschke [SPD])

- (A) Es kommt jetzt darauf an, es in zweiter und dritter Lesung zu Ende zu führen.

Wir haben, Herr Kollege Arentz, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt. Sie müssen sich einmal entscheiden, was Sie eigentlich wollen. Sie haben vorhin davon gesprochen, daß es nicht 1,6 Milliarden DM sind, sondern nur 1 Milliarde DM echte Landesgelder, und dann werfen Sie den GRÜNEN vor, daß sie überhaupt in diesem Bereich versuchen, mit uns zusammen aktive Arbeitsmarktpolitik zu machen. Das Ganze stimmt in der Auseinandersetzung auch intern nicht.

Wir bedienen im Unterschied zu den meisten Bundesländern jede Mark des Geldes, das wir von der Europäischen Union bekommen, und haben damit ein Landesprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von insgesamt 1,6 Milliarden DM aufgelegt. Wir sind stolz darauf - das hat unser Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen in den Haushaltsberatungen mit durchgesetzt -, daß wir im Bereich "Arbeit statt Sozialhilfe" 18 Millionen DM mehr zur Verfügung haben. Wir sind stolz darauf, daß wir als erste eine Anregung des Deutschen Gewerkschaftsbundes hier in Nordrhein-Westfalen mit verwirklichen und umsetzen, nämlich das Programm "Start", mit dem wir eine sozialverträgliche Arbeitnehmerüberlassung betreiben. Und wir sind gemeinsam stolz darauf, daß wir mit dem Modellprojekt "Soziale Betriebe" und einem Volumen von 125 Millionen DM in den kommenden fünf Jahren den Versuch wagen, verstärkt Existenzgründungsprogramme unter Einbeziehung von besonderen Zielgruppen am Arbeitsmarkt auf den Weg zu bringen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Letztes Mal waren Sie noch dagegen!)

Meine Damen und Herren! Wohlfahrtsverbände und die neuen sozialen Bewegungen sind die Stützen und Mittler unserer Sozialpolitik. Wir legen auf die Globaldotation, die auch zu unserem Bedauern lange Zeit nicht erhöht werden konnte, 1 Million DM drauf und wollen damit das soziale Ehrenamt, das so viel diskutiert und von Ihnen auch eingefordert wird, Herr Kollege Arentz, stärken. Wir tun das allerdings auch gemeinsam; ich räume das gerne ein.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Da gibt es keinen Streit!)

Wir wollen den Bereich der gesundheitlichen Selbsthilfe stabilisieren und ausbauen und stellen entsprechende Fördermittel zur Verfügung. Und

wir knüpfen an die Tradition erfolgreicher Landesaltenpolitik im Land Nordrhein-Westfalen an, indem wir den Bereich der Altenpflegeausbildung auf 26,3 Millionen DM erhöhen, indem wir uns - ich gebe zu: im Unterschied zum Regierungsentwurf des Haushalts - für den Erhalt der Erholungsmaßnahmen und der Selbsthilfe mit einem Betrag von 7,5 Millionen DM aussprechen und indem wir auch in den Bereich neuer Wohnformen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Pflegeversicherung und des Landespflegegesetzes einsteigen. (C)

Wir setzen einen eindeutigen Schwerpunkt in der Gesundheitspolitik bei der Bekämpfung von Sucht. Für uns gelten weiterhin die Grundsätze: Prävention, Prophylaxe, Vorbeugung. Es darf erst gar nicht dazu kommen, daß Sucht entsteht, aber dort, wo Menschen krank sind, wollen wir ihnen auch helfen. Zu diesem Zweck haben wir diesen Ansatz im Bereich der Drogenhilfe auf 32 Millionen DM erhöht, und zwar für die Methadonsubstitution und für den Ausbau der Nachsorge. Auch das, Herr Kollege Arentz, betreiben wir gemeinsam. Und wir gehen erste Schritte der Entwicklung von einem Drogenprogramm zu einem Antisuchtprogramm, indem wir auch den Zielgruppen wie Frauen, besonderen Suchtausprägungen, wie Eßstörungen, und auch der Spielsucht entsprechendes Gewicht einräumen. (D)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich gibt es auch innerhalb einer Koalition unterschiedliche Akzente. Aber - und ich spreche bei dieser Gelegenheit Frau Kollegin Hürten und den Kollegen Kreutz direkt an - ich denke, es bleibt völlig unwidersprochen, und Sie alle werden zustimmen, wenn wir hier sagen: Das, was wir mit dem Einzelplan 07 einschließlich der Änderungsanträge in unserem Bereich vorlegen, ist eine Gemeinschaftsanstrengung, in der jede Fraktion ihr Profil, ihre Akzente eingebracht, sich beide letztendlich aber verständigt haben und auch hier und gegenüber der Öffentlichkeit deutlich machen: Das ist unser Haushaltsplan mit unseren Schwerpunktsetzungen; den wollen wir gemeinsam umsetzen.

(Zustimmung des Daniel Kreutz [GRÜNE])

Wir danken Ihnen dafür, Frau Hürten und Herr Kreutz, daß Sie gemeinsam mit uns diesen Weg gegangen sind. Aber wir möchten Sie bitten, diesen Weg noch ein Stück weiter zu gehen. Es gibt Klärungsbedarf: Wie halten wir es mit dem Prinzip der Subsidiarität? Wie ordnen wir Einzelprojekte in tragfähige zukunftsorientierte Strukturen ein? Und

(Kuschke [SPD])

- (A) was könnte spannender sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, als gerade im bevölkerungsreichsten und Industrieland Nordrhein-Westfalen eine spannende und konstruktive Diskussion darüber zu führen, wie denn Sozialstaat in Zukunft aussehen kann? Sollten wir denn nicht, Herr Kollege Kreutz, die Chance wahrnehmen und versuchen, tatsächlich zu formulieren, was Umbau und Fortentwicklung von Sozialstaat bedeutet, und eben nicht den Abbau betreiben, wie es die Kolleginnen und Kollegen von Herrn Arentz in Bonn versuchen?

(Daniel Kreutz [GRÜNE]: Sofort!)

Wäre es denn nicht die Anstrengung und den Schweiß aller wert, meine Damen und Herren, im Lande Nordrhein-Westfalen Sozialstaat nicht neu zu definieren, aber weiterzuentwickeln und den Versuch zu wagen, eine Verschmelzung aus dem Gedankengut der klassischen Arbeiterbewegung und von neuen sozialen Bewegungen zu erreichen? Wo, wenn nicht hier in Nordrhein-Westfalen, wäre das einen Versuch wert? Was macht Gemeinwesen aus? Wie verhält sich Gemeinwesen zu den Interessen von besonderen Gruppen, von betroffenen Menschen?

- (B) Meine Damen und Herren! Auf dieser Debatte in den kommenden Tagen ruhen die Hoffnungen von 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen, Menschen, die in einer besonderen Situation in der deutschen Geschichte und in der Bundesrepublik Deutschland gewesen sind. Sie haben wie kaum andere unter zwei Kriegen gelitten. Sie haben wie kaum andere Aufbauarbeit geleistet. Und das wird auch in den Erwartungen deutlich, die die Wohlfahrtsverbände - von der Arbeiterwohlfahrt bis zum Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - an uns richten.

Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten aus einer dieser Zuschriften zitieren. Frau Hürten, Herr Kreutz, gerade der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, der ja zu Recht oder zu Unrecht als Ihnen nahestehend angesehen wird, schreibt an den Fraktionsvorsitzenden der SPD - und ich denke, auch an Ihre Fraktionsspitze -:

"Das in der Methodik streitbare, in der Sache engagierte sozialpolitische Zusammenwirken der jetzigen Koalition sollte aus unserer Sicht nicht an einzelnen Verkehrsprojekten scheitern dürfen. Unsere dringlichen Themen heißen: "Arbeitsplätze", "Integration sozial Bedräng-

ter", "Gleichbehandlung benachteiligter Frauen". Es geht vor allem auch um die sozialpolitische Einwirkung auf die Bundesebene."

(C)

Das richtet der DPWV an uns, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das sollten wir mitnehmen, auch Sie auf Ihren bevorstehenden Parteitag.

Zur Opposition sage ich hier nur wenig. Es gibt im übrigen dazu auch keinen Anlaß.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Neue Impulse sind nicht vorhanden. In vielen Bereichen gibt es Obstruktionspolitik, allerdings auch Zustimmung auf einigen Feldern. Das habe ich mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Das war anläßlich der Sitzung, bei der Sie nicht anwesend waren, Herr Kollege Arentz. Ich hoffe, daß das, was dort vorgetragen ist, innerhalb Ihrer Fraktion abgesprochen war. Insgesamt gibt es zur heutigen zweiten Lesung auch magere Änderungsanträge, die das nicht tragen, was Sie vorhin hier so wortreich darzulegen versucht haben.

(Widerspruch bei der CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Sie leiden unter sozialpolitischer Blutarmut!)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommen überhaupt nicht drumherum, in den nächsten Tagen klarzumachen und klarzustellen, daß das gilt, was in der Koalitionsvereinbarung niedergeschrieben steht: Eine Hauptaufgabe nordrhein-westfälischer Landespolitik besteht darin, darauf hinzuwirken, daß die Demontage des Sozialstaates durch die Bonner Koalition gestoppt und Perspektiven für eine solidarische Weiterentwicklung des Sozialstaats eröffnet werden.

(D)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Dann macht mal!)

Frau Hürten, Herr Kreutz, ich kann Ihnen keine Ratschläge mit auf den Weg geben, hätte allerdings auch nichts dagegen, wenn Sie für Ihren Parteitag einen Spruch gelten lassen würden, den ich heute als Spruch des Tages in der NRZ gesehen habe:

"Daß du nicht kannst, wird dir vergeben, doch nimmermehr, daß du nicht willst."

Dieser Ausspruch stammt von Henrik Ibsen. Das wäre ein gutes Motto für das kommende Wochenende. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Ich danke dem Kollegen Kuschke und erteile dem Kollegen Kreutz das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Erzählen Sie doch einfach, was wir beide heute morgen verabredet haben!)

Daniel Kreutz (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz Gewinnrekorden und aller Debatten um ein Bündnis für Arbeit bauen Arbeitgeber weiter auf breiter Front Arbeits- und Ausbildungsplätze ab. Mittlerweile fordern ihre Verbandsvertreter eine Lohnkostensenkung um 20 %. Bonn will aus der Arbeitslosenhilfe eine Rutschbahn in die Armut machen: Totalentwertung der beruflichen Qualifikation Erwerbsloser! Großangriff auf arme und behinderte Menschen im Sozialhilfegesetz! Endgültige Liquidierung des Bedarfsdeckungsprinzips, einer tragenden Säule des letzten sozialen Netzes!

Auf der anderen Seite gewinnt die Diskussion um immer neue Geschenke an Arbeitgeber und Vermögende weiter an Fahrt, als wenn es überhaupt keine Finanzierungsprobleme in der Sozialversicherung und den öffentlichen Haushalten gäbe: Gewerbesteuer, Gewerbesteuer, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer sollen heruntergefahren werden. Aber die Mehrwertsteuer, die alle kleinen Leute - bis hin zum Wohnungslosen unter der Brücke - trifft, soll wahrscheinlich erhöht werden.

(Widerspruch des Abgeordneten Wilhelm Krömer [CDU])

Um den Sozialstaat zu erhalten und in Richtung einer solidarischen Gesellschaft weiterentwickeln zu können, muß die auf Bundesebene herrschende Koalition von Kapital und Kabinett sobald wie möglich abgelöst werden.

(Zustimmung des Loke Mernizka [SPD])

Mit dem Schlachtruf der Standortsicherung hat sie einen beispiellosen Klassenkampf von oben vom Zaun gebrochen, beispiellos in der deutschen Nachkriegsgeschichte, hat die Bekämpfung von Massenerwerbslosigkeit und Armut durch die Bekämpfung der Erwerbslosen und Armen ersetzt.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse der rot-grünen Beratungen über den Haushalt des Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsministers ein Zeichen der Hoffnung. Sie widersprechen der herrschenden Meinung über die Unvermeidlichkeit von Sozialkürzungen. Der

nordrhein-westfälische Sozialhaushalt soll allein in den hier zu behandelnden Bereichen gegenüber dem Entwurf um zusätzlich 50 Millionen DM an Barmitteln und 85 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen aufgestockt werden, um soziale Infrastrukturen im Lande zu erhalten und Impulse zur bedarfsorientierten Weiterentwicklung zu geben. Damit wäre hier zugleich ein angemessener Einstieg in die Umsetzung des sozialpolitischen Kapitels unserer Koalitionsvereinbarung erreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entsprechend der Notwendigkeit, der dramatischen Zuspitzung der Lage am Arbeitsmarkt mit zusätzlichen Anstrengungen in der Arbeitsmarktpolitik zu begegnen, entfällt der Löwenanteil der vorgesehenen zusätzlichen Mittel auf die Arbeitsmarktpolitik. Dabei handelt es sich um über 21 Millionen DM an Barmitteln sowie 81 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen.

Nicht zu verkennen ist aber, daß der Ausbau anderer sozialer Infrastrukturen auch Beschäftigung sichert bzw. schafft. Dabei geht es nicht um einen Sozialarbeiter hier oder da, sondern dabei geht es zum Teil um ganze Infrastrukturen sozialer Arbeit, an denen Menschen hängen und in denen Menschen beschäftigt werden. Insgesamt geht es nicht nur um Quantität, sondern vor allem um Qualität.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Wann kommt denn nun das Lob für das, was wir beide uns ausgedacht haben?)

"Sozialreformerische Innovation" heißt das Motto der im wesentlichen geplanten Veränderungen des Sozialhaushalts gegenüber dem Vorjahr. Ich will das verdeutlichen:

In diesem Jahr wollen wir damit beginnen, die Arbeitsmarktpolitik des Landes innovativ um den Aufbau Sozialer Betriebe zu ergänzen. Für diese Legislaturperiode sollen dafür insgesamt 125 Millionen DM bereitgestellt werden. Soziale Betriebe haben das Ziel, möglichst dauerhaft zusätzliche, überwiegend unbefristete, reguläre Arbeitsplätze - insbesondere für Langzeiterwerbslose und andere vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzte - zu schaffen, den Betroffenen in einer Förderzeit von fünf Jahren mit flankierenden Unterstützungsangeboten eine reelle Reintegrationschance zu geben. Damit wollen wir in Nordrhein-Westfalen ernst machen mit der vielbeschworenen Reformaufgabe, für die eigentlich der Bund zuständig wäre: Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren!

(C)

(D)

(Kreutz (GRÜNE))

(A) (Beifall bei den GRÜNEN)

Gestützt auf unser Beispiel der Tat, soll der Bund aufgefordert werden, die Arbeitsmarktpolitik in großem Stil nach diesem Motto auszurichten, statt sie Schlag um Schlag mit der Abrißbirne zu bearbeiten.

Mit den zusätzlichen 18 Millionen DM für das Landesprogramm "Arbeit statt Sozialhilfe" soll nicht nur die Zahl derer erhöht werden, die dadurch eine Chance erhalten, sondern diese Mittel sollen ebenso qualitativen Verbesserungen dienen.

Dabei geht es um die beiden Gesichtspunkte "Sicherung von Einkommen oberhalb des Sozialhilfeniveaus" und "Verbesserung der Teilhabechancen von Frauen mit Kindern".

Mit dem Modellprojekt Sozialbüros werden neue Formen der Sozialhilfe erprobt, die geeignet sind, die Lebenssituation Sozialhilfeberechtigter zu verbessern.

Im Bereich der Altenhilfe will ich besonders hervorheben, daß mit 4 Millionen DM modellhafte neue Wohnformen für alte und pflegebedürftige Menschen gefördert werden sollen. Damit flankieren wir unsere gemeinsame Zielsetzung, die auch das Landespflegegesetz prägt, daß selbstbestimmtes Leben und Wohnen auch für Pflegebedürftige in Zukunft der Regelfall werden soll. Hierzu hat allerdings das Ministerium darauf hingewiesen, daß zur Realisierung der Zielsetzung dieses Titels - 4 Millionen DM für neue Formen des Altenwohnens - eine Verpflichtungsermächtigung unerlässlich ist. Daher werden sich die Koalitionsfraktionen bis zur dritten Lesung des Landeshaushalts bemühen, zu diesem Thema einen entsprechenden Änderungsantrag nachzureichen.

Da die Verbesserung der Pflege davon abhängt, daß es ausreichend qualifizierte Pflegekräfte gibt, wollen wir die berufsbegleitende Altenpflegeausbildung auch denen ermöglichen, die als Hilfskräfte in der Pflege arbeiten, aber praktisch keine Förderung von der Arbeitsverwaltung für eine Ausbildung bekommen, weil sie eben nicht von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Erstmals richtet Nordrhein-Westfalen eine Titelgruppe "Hilfen für Wohnungslose" ein, mit der sowohl der Ausbau der Obdachlosenfachstellen vorangetrieben als auch die Schließung der Lücken im Hilfesystem insbesondere für Frauen und junge Erwachsene beschleunigt und innovative Impulse zur Weiterentwicklung des Hilfesystems

gegeben werden. Auch hier ist allerdings - das merke ich hier auch an - wie beim Ansatz "Wohnformen für alte Menschen" ohne eine Verpflichtungsermächtigung nichts zu machen. Deshalb gilt hier das gleiche wie vorhin angemerkt.

Ebenfalls erstmalig soll das Land Mittel bereitstellen, um neue Angebote zur rehabilitativen Langzeitpflege von Wachkomapatientinnen und -patienten zu erproben und zu fördern. Dabei geht es um Menschen, die bisher allzuoft nach erfolgloser Frührehabilitation in Pflegeheimen "geparkt" werden, wo sie dann der Mangel an Zuwendung und Aktivierung um die Chance eines zweiten Lebens gleichsam betrügt.

Wir wollen neue Möglichkeiten schaffen, um modellhafte Projekte zur Unterstützung eines selbstbestimmten Lebens von Menschen mit Behinderungen zu fördern.

Im Bereich der Gesundheitspolitik wollen wir vor allem die Mittel für Drogenhilfe und Suchtpolitik gegenüber dem Haushaltsentwurf um insgesamt 9,7 Millionen DM, das heißt um gut 30%, aufstocken, um damit insbesondere die psychosoziale Behandlung von Substituierten zu stärken, um aber auch das Hilfesystem insgesamt differenziert weiterzuentwickeln, nicht zuletzt auch mit Blick auf geeignete Angebote für Frauen.

Bei HIV und Aids wollen wir mit 1,5 Millionen DM zusätzlich die zielgruppenspezifische Präventionsarbeit sowie die Beratungs- und Pflegeangebote stabilisieren und deutlich ausbauen.

Mit zusätzlich 1 Million DM sollen für die gesundheitliche Selbsthilfe, aber auch möglicherweise für die Sterbebegleitung neue Förderspielräume geschaffen werden. Den Auf- und Ausbau eines bedarfsgerechten und gemeindenahen ambulanten und komplementären psychiatrischen Versorgungsangebotes wollen wir last but not least mit zunächst 2,7 Millionen DM zur Förderung modellhafter Maßnahmen unterstützen, zum Beispiel bei Nachsorge und sozialer Reintegration.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Wochen war viel von grüner Klientelpolitik die Rede. Wenn Politik für Erwerbslose und Sozialhilfeberechtigte, für Wohnungslose, für pflegebedürftige und behinderte Menschen, für HIV- und Aids-Opfer, für Suchtkranke, für Menschen im Wachkoma oder für psychisch Kranke Klientelpolitik sein soll, dann bin ich stolz darauf, ein Klientelpolitiker zu sein -

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

(D)

(Kreutz [GRÜNE])

(A) damit das hier klar ist!

Ich glaube, daß auch die Sozialpolitikerinnen und -politiker - Herr Kuschke hat das vorhin deutlich ausgedrückt - der SPD-Fraktion diesen Sozialhaushalt zusammen mit uns wollen. Ich sage aber ganz deutlich: Eine Koalition kann nur funktionieren, solange die Vertragsgrundlagen gelten. Nach der Änderungskündigung, die uns zur Verkehrspolitik vorgelegt wurde, können auch die Vereinbarungen in der Sozialpolitik nicht mehr sicher sein.

(Beifall bei den GRÜNEN - Reinhold Trinius [SPD]: Es hat nie eine Aufkündigung gegeben!)

Wenn der stärkere Partner, Herr Kollege Kuschke, versucht, den kleineren machtpolitisch zu demütigen, dann kann eine Koalition nicht funktionieren. Deshalb sage ich all den Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Fraktion, die die Ergebnisse unserer Haushaltsberatungen vielleicht ebenso positiv einschätzen wie ich selbst: Sie können nicht beim Sozialhaushalt mit klammheimlicher Freude den GRÜNEN zusehen und sich zugleich an einstimmigen Beschlüssen in Ihrer Fraktion beteiligen, die geeignet sind, der Koalition insgesamt die Beine wegzuschlagen.

(B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Es liegt an Ihnen, zur Sicherung der Koalition und ihrer dringend nötigen sozialpolitischen Perspektive beizutragen. Da greife ich gern das Angebot auf, was der Kollege Kuschke vorhin für die Zukunft unterbreitet hat.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Kreutz, ich darf Sie einmal unterbrechen: Der Kollege Kuschke möchte eine Zwischenfrage stellen.

Daniel Kreutz (GRÜNE): Sofort, ich führe nur den Gedanken zu Ende.

Es liegt an Ihnen, zur Sicherung der Koalition und dieser sozialen Perspektiven beizutragen, indem auch Sie sich darum bemühen, Ihre Spitzengenosinnen und -genossen auf den Boden des Koalitionsvertrages zurückzuholen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen hier noch einmal: Ein Expansionskurs beim Straßen- und Flugverkehr, der emissionsträchtige Verkehrsströme vermehrt, die zu Beschleunigern der globalen Klimakatastrophe

werden, ist unvereinbar mit der ökologischen und ökonomischen Erneuerung unseres Landes. Beschäftigungspolitisch, Kolleginnen und Kollegen, würde eine alternative Verwendung der dafür erforderlichen Fördermittel nicht nur zu erheblich mehr zukunftssicheren Arbeitsplätzen führen, sondern auch die durch diese Verkehrsexpansionspolitik bedingte Gefährdung von Arbeitsplätzen vermeiden: bei Logistkarbeitsplätzen in NRW-Unternehmen, bei Arbeitsplatzverlagerungen rund um den Globus durch Frachtflug, bei der Förderung von Just-in-time-Produktionen und Rationalisierung.

"Arbeit und Umwelt" soll die zentrale Botschaft der Koalition sein. Wer daraus aber "Wachstum statt Umwelt" machen will, der legt einen Sprengsatz an diese Koalition

(Beifall bei den GRÜNEN - Unruhe bei der SPD)

und untergräbt die Chancen, eine durchsetzungsfähige Alternative zur Kohl-Regierung zu schaffen. Das muß doch auch unsere Aufgabe sein und bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Kreutz, wollen Sie dem Angehörigen Ihres Koalitionspartners die Gelegenheit zu einer Zwischenfrage geben?

Daniel Kreutz (GRÜNE): Bitte schön.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Kollege, ich werde die Brücken weiter bauen, auch nach diesem Beitrag. Das sage ich vorab. Ob sie gegangen werden, ist eine andere Frage. Die konkrete Frage an Sie lautet: Sehen Sie überhaupt irgendeinen Anhaltspunkt dafür, daß es Abstriche von dem geben soll, was wir sozialpolitisch miteinander vereinbart haben?

Die zweite Frage, Herr Kollege Kreutz - ich weiß, was ich Sie da frage -, lautet: Glauben Sie ernsthaft, daß irgendein Obdachloser, eine Sozialhilfempfängerin oder ein arbeitsloser Mensch in diesem Lande das nachvollziehen kann, was Sie gerade in den letzten zwei Minuten gesagt haben?

(C)

(D)

(Kuschke [SPD])

(A) (Beifall bei der SPD)

Die sind darauf angewiesen, daß wir unser Programm gemeinsam umsetzen. Das ist der Punkt.

Daniel Kreutz (GRÜNE): Herr Kollege Kuschke, können Sie vielleicht wiederholen, worum es im ersten Teil Ihrer Frage ging?

(Lachen bei GRÜNEN und CDU)

Lassen Sie ihn das wiederholen. Ich möchte das gern beantworten.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Ich wollte wissen, ob Sie in irgendeiner Form Anhaltspunkte ---

(B)

Daniel Kreutz (GRÜNE): Ach so, ja. - Herr Kollege Kuschke, ich weise darauf hin, daß im Kapitel Sozialstaat und solidarische Gesellschaft das Aktionsprogramm Jugend, Beruf, Zukunft steht. Da geht es auch um die Herbeiführung einer solidarischen Ausbildungsplatzfinanzierung. Wie Sie wissen, ist die Situation bis heute die, daß der Wirtschaftsminister Herr Clement aktives Handeln der Landesregierung auf der Ebene des Bundesrats blockiert, weil er das, was auch Ihr SPD-Landesparteitag zuletzt beschlossen hat, bisher nicht will. Vielleicht gibt es jetzt ein Einlenken. Aber bisher war die Umsetzung dieses Punktes, der für die Zukunft der Jugend in unserem Lande von höchster Bedeutung ist, akut gefährdet.

Es gibt Bundesratsanträge der SPD-Länder, denen sich Nordrhein-Westfalen angeschlossen hat, im Bereich der Sozialhilfe, der Gesundheitspolitik, aber auch in anderen Bereichen, Krankenhaus, die höchst problematische Verhältnisse zur Koalitionsvereinbarung aufweisen. Ganz so in trockenen Tüchern ist das also auch bei uns alles nicht. Bedauerlicherweise haben wir darüber noch nicht im einzelnen reden können. Das ist auch noch kein öffentliches Thema.

(Wilhelm Krömer [CDU]: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

Aber so zu tun, als wäre das alles sicher, ist nicht richtig. So ist es längst nicht.

Zum zweiten bin ich sicher, Herr Kollege Kuschke, daß auch obdachlose Menschen, auch Sozialhilfeberechtigte keine dummen Menschen sind, sondern intelligent genug, um zu wissen, in welche grundsätzliche Richtung sich ein Land bewegen muß, wenn die zukünftigen Generationen eine Lebenschance haben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich darf als nächstem Redner Herrn Minister Dr. Horstmann das Wort erteilen. Bitte schön.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Anhänger eines Verständnisses von Parlamentsdebatten, nach dem man, wenn man selber spricht, auf die Beiträge derer eingeht, die gesprochen haben. Ich möchte mich gern auch heute daran halten, meine Damen und Herren, muß aber einräumen, ich habe damit gewisse Schwierigkeiten, die Sie als Verständnisschwierigkeiten der Debatte werten mögen. Es trifft Sie vielleicht nicht allein, Herr Kollege Arentz, aber ich mache es einmal an Ihnen fest.

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Was haben Sie kritisiert? Haben Sie einen Beitrag zum Einzelplan 07 geleistet, mit dem Sie kritisieren wollten, daß zu viel Geld für - wie Sie sagen - Unsinn ausgegeben wird? Oder haben Sie mit diesem Beitrag versucht, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich zu machen, daß in Wahrheit zu wenig Geld für diesen - wie Sie sagen - Unsinn zur Verfügung gestellt ist und nicht einmal das Sichersein feststeht? Mir ist nicht deutlich geworden, worauf sich Ihre Kritik ganz genau richtete.

Zum zweiten haben Sie diese politische Debatte über den Zuzug von Spätaussiedlerfamilien, vor allen Dingen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, angesprochen. Was haben Sie gemeint, die Debatte oder konkrete politische Pläne zur Herabsetzung dieses Zuzugs? Vielleicht speziell den Schubladenplan von Herrn Kollegen Dr. Blüm, zukünftig das Fremdrengengesetz zu kassieren für diejenigen, die in Zukunft noch zuziehen wollen? Was haben Sie gemeint, Herr Kollege Arentz?

(C)

(D)

(Minister Dr. Horstmann)

(A) Drittens: Bemängeln Sie, daß die Landesregierung Vorschläge, zu sozialpolitischen Leistungseinschränkungen zu kommen, nicht heftig genug kritisiert? So habe ich es verstanden. Da muß ich die weitergehende Frage stellen: Kritisieren Sie auch den Gehalt solcher Vorstellungen sozialpolitischer Leistungseinschränkungen? Das sind alles Dinge, die ich erfahren müßte, um zu wissen, wie ich Ihren Beitrag verstehen soll und worauf ich in den Bemerkungen, die mir zur Verfügung stehen, eingehen soll.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Versuchen Sie es doch einmal!)

Sie werden nicht daran vorbeikommen, Herr Kollege Arentz, wenn Sie kritisieren, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sich nicht ausreichend mit Vorschlägen für sozialpolitischen Abbau, egal woher sie kommen mögen, auseinandersetze, zu sagen, was Sie selbst wollen. Es wird Ihnen nicht erspart, eine Position in der in diesem Jahr 1996 ganz bestimmt noch sehr heftig zu führenden Debatte über die Zukunft des Sozialstaats Deutschland zu finden.

Sie müssen sich dort positionieren. Wenn das hier aufgeworfen ist, will ich auch für die Landesregierung eine Position nennen. 4,3 Millionen Arbeitslose fordern den Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme bis zum äußersten. Sie fordern auch auf - auch das ist Auffassung der Landesregierung -, über den Umbau und die Reform des Sozialstaats nachzudenken.

(B) Aber eines sage ich mit Bestimmtheit und Deutlichkeit: Zunächst muß damit begonnen werden, die selbstverschuldeten Fehler der politischen Führung in Bonn, meine Damen und Herren, aus dem Weg zu räumen.

(Beifall bei der SPD)

Ich rede nicht darüber, daß das Rentenalter für Schwerbehinderte oder für Frauen jetzt kontinuierlich angehoben werden soll, bevor, Herr Kollege Arentz, Sie nicht in Bonn dafür gesorgt haben, daß die versicherungsfremden Leistungen, die mit der deutschen Einheit zu tun haben, aus den Belastungen der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Ich rede nicht über materielle Leistungseinschränkungen, Herr Kollege Arentz, solange die Politik noch immer lautet: Der Kanzler gibt ein Leistungsversprechen, Waigel kann es aus dem Haushalt

nicht bezahlen, also ist die anonyme Masse der Beitragszahler in der Sozialversicherung an der Reihe. Und Norbert Blüm verteilt dazu die Beruhigungspille: "Die Renten sind sicher!"

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Und über Leistungsabbau ist auch nicht zu reden - um auch das deutlich zu sagen -, solange die Fahrlässigkeit fortgesetzt wird, in einer Situation zu leben, in der nicht nur 4,3 Millionen Beitragszahler in der Sozialversicherung ausfallen, weil sie arbeitslos sind, sondern darüber hinaus weitere mehr als 4 Millionen Menschen keine ordentlichen Beiträge in die Sozialversicherung zahlen, weil sie außerhalb bestimmter Beitragsregelungen stehen, insbesondere unter die Geringfügigkeitsgrenze fallen. Und es ist darüber auch nicht zu reden, solange nicht der Mißbrauch und die Fehlentwicklung wirksam bekämpft werden, daß mehr und mehr Menschen in Deutschland in Beschäftigungsverhältnisse hineingeraten, die wir alle "Scheinselbständigkeit" nennen. Auch dadurch fehlen 500 000 Beitragszahler in der deutschen Sozialversicherung.

Das ist die Reihenfolge. Und so kann man es auch heute in einer Zeitung lesen: Die Debatte über den Sozialstaat vom Kopf auf die Füße stellen, die selbstverschuldeten Fehler der Entscheidungsträger in Bonn korrigieren, dafür sorgen, daß nicht mehr 10 Millionen Menschen aus der ordentlichen Beitragszahlung in der Sozialversicherung herausfallen - und dann können wir Debatten führen, die Norbert Blüm und vielleicht auch Horst Seehofer führen wollen. Aber bitte in dieser Reihenfolge!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es hat sich in der Debattenlage über die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik etwas geändert, und das ist gut so. Während das Vorzeichen der Diskussion noch im letzten Herbst lautete: "Der Standort Deutschland taugt nicht mehr!", lautet diese Überschrift jetzt: "Bündnis für Arbeit", alle müssen ihren Beitrag dazu leisten - eine wesentliche Akzentverschiebung, und dies übrigens zum Nutzen des Standortes.

Denn nichts hat der Investitionsbereitschaft, der notwendigen Aufbruchmentalität bei den Unternehmerinnen und Unternehmern so geschadet wie die im letzten Herbst geführte Standortdebatte. Es ist eine beispiellose politische Führungsfehlleistung, wenn sich die politische Führung der Bundesrepublik an dieser Debatte auch noch beteiligt hat und irgend jemand von den führenden Bonner Sozialpolitikern jede Woche mit aufgebla-

(C)

(D)

(Minister Dr. Horstmann)

- (A) senen Backen einen Vorschlag unterbreitet hat, an welcher Kante des Sozialstaates herumgeschliffen werden müßte. Insofern muß man sich nicht wundern, meine Damen und Herren, daß es mit der Investitionsbereitschaft nicht zum besten gestellt ist, wenn man den Leuten, auf die es ankommt, ständig sagt: "Ihr müßt hier eigentlich weg, weil es sich hier nicht mehr lohnt!"

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Debatte hat also inzwischen eine andere Richtung.

Für die Landesregierung darf ich erklären: Wir in Nordrhein-Westfalen werden daran mitarbeiten, daß dieses Bündnis für Arbeit Erfolg hat. Wir werden mithelfen bei konkreten betrieblichen Vereinbarungen; wir werden dafür sorgen, daß der Bundesgesetzgeber seine Rolle wahrnimmt; und wir werden dafür eintreten, daß das Land alle seine Möglichkeiten, über die es selbst verfügt, ausschöpft. Ich wiederhole die Zahl, weil man sie nicht oft genug nennen kann: 1,6 Milliarden DM für Arbeitsmarktpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen. Interessant ist, was damit bewegt wird, nicht, ob die Landesregierung intelligent ist und dafür Refinanzierungsmittel unter anderem der Europäischen Union einsetzt. Entscheidend ist, wie der Kanzler sagt, Herr Kollege Arentz: Was kommt dabei heraus?

(B)

Wir sind hier mit 1,6 Milliarden DM am Arbeitsmarkt tätig. Und dies sind - wie immer Sie es rechnen wollen - von der absoluten Höhe 10 % mehr als im Jahre 1995. 10 % plus in einem Sparhaushalt, in diesem finanzpolitischen Umfeld! Wenn das keine Akzentsetzung ist, dann weiß ich nicht, was dann eine Akzentsetzung noch sein soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie kritisieren - das ist auch einer der Widersprüche - nicht nur die aus Ihrer Sicht geringe Höhe der Mittel, sondern Sie kritisieren auch, wofür das Geld ausgegeben wird. Paßt Ihnen etwas nicht, dann reden Sie vom zweiten Arbeitsmarkt usw.; auch Herr Kollege Dr. Linssen hat es heute morgen bereits angesprochen.

In aller Deutlichkeit will ich dazu zwei Positionsbestimmungen vornehmen:

Einen dauerhaften zweiten Arbeitsmarkt als Alternativreservoir der Bereitstellung der notwendigen Arbeitsplätze wird es in der Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen nicht geben. Das ist gar keine Frage des politischen Willens: Es wird ihn

nicht geben können, weil wir es uns nicht erlauben können.

(C)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das müssen Sie Herrn Kreutz einmal erklären!)

Es wäre auch noch schöner, Herr Kollege Arentz: Nachdem das Land und vor allen Dingen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen immer stärker in die Verantwortung für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit und ihren Folgekosten hineingezogen werden, sollten wir nun auch noch eine Verantwortlichkeit für die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen mit öffentlichen Mitteln bekommen! Wo könnte es wohl so etwas geben? - Das kann nicht unser Ziel sein, nicht das Ziel unserer Politik sein.

Aber ich bitte doch sehr darum, nicht den politisch bitter notwendigen Versuch zu diskreditieren, denjenigen, die aus eigener Kraft kaum noch eine Chance besitzen, in den ordentlichen Arbeitsmarkt zurückzukehren, eine Brücke dahin zu bauen. Es ist doch einfach wahr: Wir haben in Nordrhein-Westfalen nicht nur über 800 000 Arbeitslose, sondern über 300 000 Langzeitarbeitslose, von denen wir wissen, daß sie, wenn ihnen niemand unter die Arme greift, wenn ihnen niemand die Chance zur Wiederqualifizierung, zur erneuten Aufnahme von Beschäftigung wenigstens für einen Übergangszeitraum gibt, die letzten sein werden, die irgendwann selbst bei positiver Konjunktur wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten. Ich fordere Sie - auch im Interesse der Betroffenen - auf und richte das Wort auch an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion in diesem Landtag: Diskreditieren Sie nicht diese Menschen und den politischen Versuch, diesen Menschen zu helfen, Brücken zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Herr Kollege Arentz, es geht um Menschen!

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Herr Horstmann, das ist unstrittig!)

Bei uns hat die präventive Arbeitsmarktpolitik zunehmendes Gewicht. Wir wollen nicht in einem zweiten Arbeitsmarkt, sondern in ganz ordentlichen und normalen Betrieben dafür sorgen, daß es erst gar nicht zu Massenentlassungen und Beschäftigungsabbau kommt. Das Stichwort heißt QUATRO - zusätzliche Förderung für Qualifizierung, Arbeit, Technik, Reorganisation. Beschäftigte in Klein- und Mittelunternehmen sind Zielgruppe dieses Programms, und damit geht es auch um die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe.

(Minister Dr. Horstmann)

(A) Genauso ist das Projekt Soziale Wirtschaftsbetriebe einzustufen. Hiermit wird modellhaft erprobt, wie arbeitsmarktpolitische Zielgruppen erfolgreich selbständige wirtschaftliche Existenzen gründen und wie sie stabilisiert werden können. Das hat nichts mit zweitem Arbeitsmarkt in Gestalt von öffentlicher Dauersubventionierung von Arbeitsplätzen zu tun. Diese Initiative tritt neben unser Projekt START, mit dem wir bereits seit Anfang 1995 ein sehr erfolgreiches bundesweit auf hohes Interesse stoßendes Instrument der Arbeitsmarktpolitik mit schon heute zählbaren Auswirkungen zustande gebracht haben.

Wir verstärken unsere Programme für den regionalen und sektoralen Strukturwandel sogar um über 20 %, wiederum - wogegen, wie ich finde, nichts einzuwenden ist - mit Unterstützung der Europäischen Union.

Der Wirtschaftsstandort wird nur zukunftssicher sein, meine Damen und Herren, wenn er weiterhin der soziale Lebensstandort für die gesamte Bevölkerung ist. Das bedeutet eben nicht Status quo, sondern das bedeutet Entwicklung. Dafür setzen wir uns in allen Leistungsbereichen des Sozialstaates, in allen Leistungsbereichen der Sozialversicherungen und auch der staatlichen Sozialleistungen ein. Wir tun das im übrigen mit Erfolg. Zu den Erfolgen gehört, daß es die sozialdemokratisch geführten Länder in der vergangenen Woche verhindern konnten, aus der Diskussion über die zukünftige Entwicklung der Gesundheitsreform ausgeschaltet zu werden. Wir werden hier im Gespräch bleiben und am Umbau des Sozialstaats arbeiten, damit aber eine fundamental andere Politik verfolgen als diejenigen, die immer nur Abbruchkonzepte zu bieten haben.

(B) Zum sozialen Lebensstandort Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört vor allem auch die Gestaltung des alltäglichen Lebens. Ich spreche das Beispiel der Politik für ältere Menschen an. Es ist in gemeinsamer Anstrengung gelungen, die Haushaltsansätze in diesem Bereich nicht nur zu halten, sondern sie in einigen Sektoren sogar zu erhöhen.

Durch die verstärkte Förderung der vorpflegerischen und pflegeergänzenden Dienste für zu Hause lebende ältere Menschen und durch den Ausbau bzw. die Modernisierung der teilstationären und vollstationären Versorgung leisten wir einen außergewöhnlichen Beitrag zur angemessenen Versorgung unserer hilfsbedürftigen Bürgerinnen und Bürger - übrigens einen zeitgerechten Beitrag; denn es ist weder gut noch preiswert und bezahl-

bar, älteren Menschen, die hilfsbedürftig werden, aber noch nicht pflegebedürftig sind, Versorgungsleistungen angedeihen zu lassen, derer sie gar nicht bedürfen, auf die sie verzichten können, wenn wir ein Kontinuum gut ausgebauter, fallangemessener Hilfen für pflegebedürftige und hilfsbedürftige Menschen haben. (C)

Deswegen weise ich besonders auf die 67 Millionen DM für die Förderung der kompletären Dienste hin. Dies ist eine geradezu vorbildliche Politik. Wir wissen, daß viele Menschen, die gern noch einige Jahre in ihren eigenen vier Wänden zubringen möchten, dies mit finanzieller Unterstützung der Pflegeversicherung nicht werden tun können, weil sie nicht pflegebedürftig im Sinne des Pflege-Versicherungsgesetzes sind. Um so wichtiger ist es, daß dafür eine andere Hilfe bereitgestellt wird. Dies tun wir in Nordrhein-Westfalen in geradezu vorbildlicher Art und Weise.

Ein Schwerpunkt neben der Pflege ist die Behindertenpolitik des Landes. Die Steigerung der Haushaltsansätze bei den sozialen Maßnahmen zugunsten behinderter Menschen spricht für sich. Ich darf in diesem Zusammenhang auch sagen: Wir kommen mit den Arbeiten zum Aktionsprogramm Integration von Menschen mit Behinderungen gut voran. Ich gehe davon aus, daß die Entscheidung im Kabinett so rechtzeitig getroffen wird, daß das Aktionsprogramm beginnend mit dem nächsten Jahr 1997 bereits umgesetzt werden kann. (D)

Meine Damen und Herren, ab Mitte 1996 wird an fünf Standorten in Nordrhein-Westfalen das Modellprojekt Sozialbüros beginnen. Auch das hat Kritik von seiten der Opposition gefunden. Ich stimme Herrn Kollegen Kreuzt an dieser Stelle ausdrücklich zu: Es macht viel Sinn, einen solchen Versuch zu wagen, neue Formen individueller Beratungsarbeit zu erproben, um Personen mit sozialen und wirtschaftlichen Problemen durch Kontaktaufnahme, Beratung, persönliche Hilfe und Unterstützung bei der Vermeidung einer Notlage oder bei der Überwindung einer individuellen sozialen Notlage zu helfen.

Es macht deshalb Sinn, weil staatliche Sozialleistungen, Zahlungen für die Versorgung von Menschen, die in eine soziale Notlage geraten sind, nicht die Krone des Sozialstaats sind. Der Gipfelpunkt des Sozialstaats ist nicht, einer alleinerziehenden Mutter Sozialhilfe, Kindergeld und später Erziehungsgeld zu zahlen, sondern alles zu tun, um in ihrem individuellen Fall die Chance zu

(Minister Dr. Horstmann)

- (A) schaffen, daß sie sich ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen kann. Das ist das Optimum von Sozialpolitik.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mit Sozialbüros auf den individuellen Fall besser und fallangemessener eingehen zu können ist den Versuch wert. Wir wollen sehen und werden in einiger Zeit abrechnen, in wie vielen Fällen uns dies gelungen ist. Die Landesregierung fördert zunächst über eine Laufzeit von drei Jahren Aufwendungen für Personal- und Sachkosten sowie die Kosten für die wissenschaftliche Begleitung in Höhe von über 6,5 Millionen DM.

Ich füge hinzu: Die empirischen Gesamtumstände relativieren die Aufgabe nicht, ganz im Gegenteil. Leider gehört zu den negativen Prognosen, die man stellen muß, daß durch die Politik der Bonner Bundesregierung in Zukunft noch mehr Menschen in die Sozialhilfeabhängigkeit abgleiten werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Henke für die Fraktion der CDU das Wort.

(B)

Rudolf Henke (CDU): Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Ich möchte den Kollegen Kreuzt gern gegen einen von ihm selber aufgestellten potentiellen Vorwurf in Schutz nehmen, nämlich gegen den Vorwurf der Klientelpolitik in den Bereichen der Suchtkrankenhilfe, der Aids-hilfe, des Themas Obdachlose, Alte. Auch ich bin der Meinung, daß in diesen Bereichen die Veränderungen, die erreicht worden sind, an den ursprünglich von der Landesregierung mit Zustimmung der beiden grünen Landesminister vorgelegten Haushaltsentwürfen keine Klientelpolitik darstellen. Ich meine, daß es sich um sehr notwendige Veränderungen gehandelt hat. Ich meine auch, daß es möglich gewesen wäre, wenn man gewollt hätte, auch über diejenigen Veränderungen hinaus, die dann im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales in einem Klima, das Sie als ein Klima klammheimlicher Freude Ihrer Koalitionskollegen beschrieben haben, beschlossen worden sind, durchaus weitergehende Veränderungen herbeizuführen.

(Zurufe von der CDU)

Der Haushaltsentwurf wollte im Landesaltenplan bei der Titelgruppe 90 2 Millionen DM für die gesellschaftliche Integration alter Menschen streichen, die für Erholungsmaßnahmen für ältere Mitbürger vorgesehen waren. Das ist nach einem Änderungsantrag der CDU dann einvernehmlich zurückgewiesen worden.

(C)

Der Haushaltsentwurf hatte keine Erhöhung der Mittel im Bereich der Aidsbekämpfung vorgesehen, sondern hatte dort Kürzungen in Höhe von insgesamt 315 000 DM beabsichtigt. Unser Antrag ging dahin, die Mittel um 3 Millionen DM zu erhöhen. Sie haben sich dann in der Koalition zu einem Betrag von 1,5 Millionen DM durchgerungen.

Im Bereich der Bekämpfung der Suchtgefahren ist es so gewesen, daß die CDU 2,5 Millionen DM mehr zur Bezahlung von Fachkräften für die psychosoziale Betreuung substituierter Patienten bei den Kreisen und kreisfreien Städten - das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen - einsetzen wollte, daß wir 5 Millionen DM mehr für die Drogenprophylaxe, für Nachsorge und berufliche Integration einstellen wollten, daß wir gesagt haben, wir brauchten 10 Millionen DM mehr für 150 Plätze im Bereich "Therapie sofort". Das sind insgesamt 17,5 Millionen DM.

(D)

Die Mittel, die dann durch die Mehrheit tatsächlich mobilisiert worden sind, lagen bei 9,7 Millionen DM, und es kam noch eine Verpflichtungsermächtigung von 1 Million DM dazu.

Ich will ausdrücklich betonen, daß diese Veränderungen, die dort eingetreten sind, keine Klientelpolitik waren, sondern daß sie wichtige Hilfen für Menschen sind, die sich in Not befinden und die eine Hilfe brauchen, die ihnen fehlt.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Henke, darf ich Sie unterbrechen?

Rudolf Henke (CDU): Ja, wenn es nicht von meiner Redezeit abgeht!

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Nein, es geht nicht von Ihrer Zeit ab.

Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kreuzt zulassen? - Bitte schön.

(A) **Daniel Kreutz (GRÜNE):** Herr Kollege Henke, Sie haben darauf hingewiesen, daß Sie zu Einzelfragen als CDU-Fraktion im Ausschuß weitergehende Anträge als die Koalitionsfraktionen gestellt haben. Würden Sie mir denn in der Einschätzung zustimmen, daß für den Fall, daß die CDU die Landesregierung stellen würde, im Sozialbereich nur noch Anträge mit einem Minuszeichen vor der Zahl gestellt werden dürften?

Rudolf Henke (CDU): Nein, überhaupt nicht. Das ist ja Unsinn.

Wenn Sie sich etwa den Bereich der Arbeitsmarktpolitik anschauen und wenn Sie analysieren, welche Vorschläge die CDU dort gemacht hat, so finden Sie Anträge, die Mehrausgaben im Bereich von 80 Millionen DM bedingen.

Ich möchte jetzt aber gern zu Herrn Minister Horstmann und zu zwei Bemerkungen, die er über die Themen versicherungsfremder Leistungen und kommunaler Belastungen gemacht hat, übergehen.

Versicherungsfremde Leistungen - raus aus der Belastung, raus aus den von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzubringenden Sozialbeiträgen als ein Beitrag zu einer besseren Möglichkeit, Arbeitsplätze zu schaffen! Wie ist es dann zu verstehen, daß im Landesdienst die Frühverrentung fortschreitet? Wie ist es dann zu verstehen, daß Sie den Erhaltungs- und Sanierungsaufwand für die Krankenhäuser genau dorthin verlagern, wo diese Versicherungsleistungen erbracht werden?

(Beifall bei der CDU)

Wie ist es dann zu verstehen, daß Sie selber heute auf den Tag genau vor einem Monat im Ostwestfälisch-Lippischen Industrie- und Handelsklub einen Plan vorgelegt haben, wonach Sie Jahr für Jahr jetzt den Investitionszuschuß für die Krankenhäuser um 10 % absenken wollen, um in zehn Jahren diese Investitionsmittel komplett zu denjenigen verlagert zu haben, die die Beiträge aufbringen, zu den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern? Und wie ist es denn zu verstehen, daß - Thema "kommunale Belastungen" - mehr als 212 Millionen DM allein in diesem Haushalt als Befrachtung in das Gemeindefinanzierungsgesetz verlagert werden, wodurch Sie doch gerade dorthin Verlagerungen vornehmen, wo Sie sagen, es müßten Mittel freigesetzt werden.

Tatsache ist, daß alles dieses nur der Entlastung und der Umfinanzierung und der Erleichterung im

Bereich des Landeshaushalts dient, und das ist nun in der Tat eine finanzielle Sackgasse. Daneben gibt es auch die konzeptionelle Sackgasse: daß wir im Bereich der Krankenhausförderung nach dem Motto verfahren "Extrageld für Extrabett!" Da brauchen wir eine Änderung der Krankenhausfinanzierung, des Krankenhausgesetzes NW mit dem Ziel, ein verändertes Investitionsförderverfahren zu haben, das nicht mehr an der Bettenzahl ansetzt, sondern das dahin kommt, daß wir den Abschreibungsbedarf der Häuser zur Grundlage machen. Es hätte mich sehr gefreut, auch dazu Veränderungen zu sehen. Statt dessen haben Sie sogar die 100 000 DM, die 1995 für einen neuen Krankenhausplan vorgesehen waren, aus dem Haushalt herausgestrichen.

Die Beschäftigten, 1 500 Beschäftigte in sieben westfälisch-lippischen Krankenhäusern, denen die Krankenkassen die Kündigung auf den Tisch gelegt haben, bezahlen für den Fehlanreiz "Extrageld für Extrabett" und für die jahrelange Weigerung, ein verändertes Investitionsförderverfahren einzuführen, jetzt mit der Angst um ihre Arbeitsplätze. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Vöge für die Fraktion der SPD das Wort. (D)

Horst Vöge (SPD): Herr Präsident! Ich empfand den Beitrag von Herrn Arentz zum Thema der Aussiedler als Heuchelei pur.

Wenn ich mich daran erinnere, wie in der letzten Legislaturperiode gerade seitens der CDU über Asylfragen diskutiert worden ist, dann bin ich aufs äußerste entsetzt, wenn hier der SPD Demagogie vorgeworfen wird. Sie haben doch versucht, hier die Stammtischhoheit in der Gesamtheit Nordrhein-Westfalens zu erlangen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Eine Bemerkung zu Herrn Kreutz! Herr Kreutz, ich habe den Eindruck, daß Sie hier schon Ihre Auftaktrede für den Landesparteitag der GRÜNEN geübt haben. Ich hatte fast den Eindruck, vor der Rede hätte Ihnen ein Löffel Baldrian recht gutgetan. Sie sprechen von Brücken, und gerade im sozialpolitischen und im arbeitsmarktpolitischen

(Vöge [SPD])

- (A) Bereich habe ich den Eindruck, Sie sind im Moment etwas mehr als Brückenzerstörer denn als Brückenbauer tätig.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kreuz, die Farbenreihenfolge in der Gesamtheit der Koalition ist immer noch rot-grün und nicht grün-rot.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben hier heute insbesondere über den ersten Arbeitsmarkt und die 4,3 Millionen, den Abbau von sozialstaatlichen Leistungen und den zweiten Arbeitsmarkt gestritten.

Für uns ist bei rund 40 % Langzeitarbeitslosen im Lande Nordrhein-Westfalen nun einmal die Frage von besonderer Bedeutung, wie wir diesen Menschen helfen können. Wir wissen ganz genau: Wenn wir nur über den ersten Arbeitsmarkt diskutieren und so tun, als ob wir alles über diesen ersten Arbeitsmarkt regulieren können, vernachlässigen wir eine große Gruppe in unserer Gesellschaft, die gar keine Chance hat, in den ersten Arbeitsmarkt hineinzukommen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren von der CDU! Ich diskutiere über die Fragen des zweiten Arbeitsmarktes sehr häufig vor Ort. Dabei bemerke ich eine völlig auseinandergelungene Diskussion seitens der CDU. Vor Ort diskutiert die CDU sehr wohl anhand von konkreten Projekten der Kirchen und anderer Verbände für den zweiten Arbeitsmarkt, für soziale Betriebe, für "Arbeit statt Sozialhilfe". Insbesondere örtliche CDU-Kommunalpolitiker sind für einen stärkeren Einsatz von Mitteln für den zweiten Arbeitsmarkt.

Wenn wir sozial verantwortungsvoll handeln wollen, können wir nicht nur auf den ersten Arbeitsmarkt setzen, sondern müssen wir uns auch mit dem zweiten Arbeitsmarkt beschäftigen und hier entsprechende Pflöcke einschlagen. Ich bin mit Minister Horstmann einig, daß der zweite Arbeitsmarkt keine Einrichtung von Dauer sein kann. Wir können auf Dauer in der Fläche nicht den zweiten Arbeitsmarkt finanzieren. Das schafft keine staatliche Organisation, schafft kein Land; aber wir können Pflöcke innerhalb der Arbeitsmarktpolitik setzen und ein Zeichen von sozialer Gerechtigkeit nach außen geben.

Wir von der SPD-Fraktion sind der Meinung, daß 1,6 Milliarden DM im Rahmen des Haushalts ein sehr guter Ansatz sind, um arbeitsmarktpolitisch

im Lande Nordrhein-Westfalen zu handeln. Ich glaube, wir kommen damit ein Stück weiter. Wir tun damit mehr als die Bundesregierung. Wir bewegen mehr in der Frage der Umgestaltung des Sozialstaates und in der sozialen Verantwortung als die Bundesregierung, die sozialstaatlichen Umbau nur als sozialstaatlichen Abbau versteht. - Danke sehr.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Minister Horstmann das Wort.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte, Herr Kollege Henke, das Thema Gesundheitspolitik hier nicht aussparen. Ich räume freimütig ein, daß mir die Zeit ein bißchen knapp wurde. Aber wenn Sie es ansprechen, will ich dazu zwei Dinge sagen.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Hat er als Vorsitzender des Marburger Bundes gesprochen?)

- Das weiß ich nicht. Er hat mir Fragen gestellt und anderes nicht erwähnt.

(D) Zum Zusammenhang von Gesundheitsreformenentwicklung und Höhe der Lohnnebenkosten, Herr Kollege Henke! Wir haben 1992 diese denkwürdige Lahnsteiner Vereinbarung zwischen SPD und Regierungskoalition in Bonn zustande gebracht. Ich übersetze einmal politisch, was sie bedeutete: Wir sind an einem Punkt der Entwicklung, daß wir uns vor allen Dingen damit beschäftigen müssen, wie wir es hinbekommen, die Leistungsreserven und die Wirtschaftlichkeitspotentiale des Gesundheitswesens auszuschöpfen und nicht wiederum den Ausweg in höherer Belastung von Patientinnen und Patienten zu suchen.

Wir waren auf einem guten Weg, mehr Eigenwirtschaftlichkeit in das Gesundheitssystem hineinzubringen, bis sich Herr Kollege Seehofer in Bonn entschlossen hat, sich an mehreren Stellen spendabel zu zeigen und außerhalb der vereinbarten Budgets Gesundheitskosten und Krankheitsausgaben zu finanzieren. Er hat einseitig die Positivliste bei den Arzneimitteln kassiert; er hat noch im letzten Jahr 840 Millionen DM Arzthonorare außerhalb des Budgets zur Verfügung gestellt.

Jetzt kommen Sie mir und der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht mit dem Vorwurf,

(Minister Dr. Horstmann)

(A) wir wären an Versuchen beteiligt, die Lohnnebenkosten noch höher zu treiben!

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen an der Stelle zweierlei, Herr Kollege Henke: Das geht nicht mehr so weiter - das muß man in Bonn auch begreifen -, sonntags die Sonntagsreden zu halten, in denen die Krokodilstränen über die Höhe der Lohnnebenkosten vergossen werden, und alltags die Woche über die Klientel zu bedienen,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

die vielleicht nicht die von Herrn Seehofer ist. Aber es sind möglicherweise Leute, die ihm direkt am Kabinetttisch gegenüber sitzen und sich jetzt mit der Forderung profilieren, es müsse Schluß sein mit der Gefälligkeitsdemokratie.

Jetzt sage ich Ihnen, was das mit der Krankenhausfinanzierung für einen Sinn hat. Ein System, meine Damen und Herren - und wir wissen es doch! -, in dem die eine Hand die Investitionskosten finanziert und damit sozusagen den entscheidenden Einfluß auf die Kapazität ausübt und eine andere Hand - sprich: Krankenkassen - die Folgekosten dieser Kapazität zu finanzieren hat, ist ökonomisch ineffizient und wirtschaftlich nicht vernünftig steuerbar. Das ist der Hintergrund dieser Vierteljahrhundertreform.

(B) (Hermann-Josef Arentz [CDU]: Deswegen wollten wir es ...!)

Das ist eine vom fachlichen Standpunkt, vom gesundheitsökonomischen Standpunkt her völlig unausweichliche Veränderung, wenn wir das Gesundheitswesen in diesem Abschnitt "stationärer Sektor", der bekanntlich ein Drittel der gesetzlichen Krankenversicherungsausgaben verschlingt, in den Griff bekommen wollen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Minister, darf ich Sie einmal unterbrechen: Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Henke zulassen?

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Bitte!

Rudolf Henke (CDU): Können Sie so freundlich sein und einmal eine Vorstellung dazu äußern, wie hoch der aufgelaufene Bedarf der Krankenhäuser im Bereich des Erhaltungs- und Sanie-

(C) rungsaufwandes aus den vergangenen Jahren ist, der in Zukunft über die Beiträge der Krankenkassen finanziert werden muß, weil er, wie es der Politik dieser Landesregierung entspricht, aus den Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der übrigen Bundesländer nicht mehr bezahlt wird?

(Wolfram Kuschke [SPD]: Sie waren doch in Lahnstein mit dabei! Sie reden wider besseres Wissen!)

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Kollege Henke, ich kann Ihnen keine exakte Zahl nennen. Ich weiß, daß es ein Problem ist

(Zurufe von der SPD - Glocke)

und solche Instandsetzungsbedarfe aufgelaufen sind. Das weiß ich wohl. Die Frage ist doch: Wie geht man damit um? Aber ich darf Sie fragen: Warum stellen Sie mir die Frage?

(Wolfram Kuschke [SPD]: Ja!)

Herr Kollege Seehofer hat angekündigt,

(Zustimmung bei der SPD)

daß er diesen Gesetzentwurf zurückziehen und die Bundesregierung ihn nicht erneut einbringen will. Wissen Sie, ich will Ihnen folgendes sagen: Wir diskutieren die Frage viel zu kurz, wenn Sie in der Debatte bleiben, ob denn der Staat oder die Krankenversicherungen bestimmte Gesundheitsausgaben finanzieren sollten. Nein, das ist nicht die Frage. Die Frage ist: Wie bekommen wir in dieses ressourcenverbrauchende System des Gesundheitswesens Eigenwirtschaftlichkeit und Selbststeuerungsfähigkeit hinein?

(D)

(Lothar Hegemann [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Das ist der Sinn einer Reform in Richtung auf eine monistische Krankenhausfinanzierung. Wir wissen es doch alle: Das ist die Fragestellung.

Herr Kollege Henke, noch eines an dieser Stelle: Da Horst Seehofer maßgeblich dafür verantwortlich ist, daß die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung im letzten Jahr wieder aus dem vorgesehenen Zielkorridor ausgebrochen sind, und zwar um 7 Milliarden DM, durch Entscheidungen gegen Lahnstein, durch einseitiges Kassieren von politischen Vereinbarungen, wird die SPD-Seite - dazu zähle ich in diesem Fall das Land Nordrhein-Westfalen - ihm nicht die Hand dazu reichen, statt dessen wiederum die Patienten in An-

(Minister Dr. Horstmann)

(A) spruch zu nehmen, wofür es diverse Pläne gibt.
Nicht mit Nordrhein-Westfalen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Kreutz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Jetzt kommt der Dank an den Vorsitzenden der SPD für das Ergebnis! - Daniel Kreutz [GRÜNE]: Später! - Klaus Matthiesen [SPD]: Darauf warte ich schon die ganze Zeit!)

Daniel Kreutz (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte die Gelegenheit nutzen, noch eine Bemerkung zu dem Beitrag zu machen, den Herr Kollege Arentz hier geleistet hat. Ich habe das in meiner ersten Rede nicht tangiert, weil es ja eigentlich nachrangig ist.

Herr Arentz, wenn Sie hier mit großer Aufgeblasenheit die Rechnung aufmachen, die früheren Haushaltsanträge der GRÜNEN seien höher gewesen als das, was wir heute in den Haushalt tatsächlich hineinbekommen haben,

(B) (Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist so!)

dann reicht, um diese Argumentation zu plätten, eigentlich schon der kurze Hinweis darauf, daß eine rot-grüne Koalition sicherlich einen Unterschied macht gegenüber einer GRÜNEN-Alleinregierung, die natürlich auch in finanzpolitischer Hinsicht noch einiges mehr würde bewegen wollen und können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Herr Kollege Henke hat hier auf die Krankenhausinvestitionen verwiesen. Wir haben uns während der Haushaltsberatungen mit großem Nachdruck dafür eingesetzt, daß die Befrachtung der Gemeindefinanzierung mit den Krankenhausinvestitionskosten nicht in der Form zustande kommt, daß die Krankenhausinvestitionen weiterhin aus dem Landeshaushalt zu leisten sind. Wir haben uns an diesem Punkt nicht durchsetzen können. Das ist ein Punkt, der auf der Liste der sehr schmerzlichen Erfahrungen steht, die natürlich ein solcher Verhandlungsprozeß über den Landeshaushalt nicht ausläßt.

Der Minister hat die Gelegenheit genutzt, um auf die bundespolitischen Entwicklungen bei der Gesundheitsstrukturgesetzgebung einzugehen, und

hat in diesem Zusammenhang eine Lanze für die Perspektive der monistischen Finanzierung gebrochen.

(C)

(Unruhe - Glocke)

Herr Minister, es wäre vielleicht gut gewesen, wenn wir vor dieser Rede darüber hätten sprechen können. Denn ich muß Ihnen jetzt in aller Deutlichkeit sagen: Wir lehnen den Übergang zur monistischen Finanzierung im Krankenhausbereich ab.

(Lothar Hegemann [CDU]: Da haben wir es! Koalitionspartner! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich finde es höchst merkwürdig, wie diejenigen, die auf der einen Seite immer die Steigerung der Lohnnebenkosten beklagen, die ja nicht zuletzt durch Sozialversicherungsbeiträge bedingt ist, durch die Überführung der Investitionslasten des Krankensektors in die Leistungen der Krankenversicherung die Krankenversicherungsbeiträge um mindestens einen Prozentpunkt weiter steigern wollen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Mindestens!)

Ich finde es höchst problematisch, wenn wir uns dadurch, daß wir eine Alleinzuständigkeit der Kassen im Bereich der Krankenhäuser bekommen, politischer Steuerungsmöglichkeiten begeben. Denn es gilt überall: Die Musik bestimmt, wer sie bezahlt. Wir wissen aus vielen Bereichen sozialer Versorgung, wie problematisch es wird, qualitative Entwicklungsgesichtspunkte gegen Kassen zum Tragen zu bringen, wenn man keine rechtlichen, harten Einflußmöglichkeiten hat, die sich am ehesten durch die Finanzierungszuständigkeit herstellen, und wenn auf der Kassenseite in erster Linie der Gesichtspunkt der Kostendämpfung regiert.

(D)

Es darf nicht sein, daß wir mit der Monistik im Krankenhausbereich in eine Entwicklung eintreten, die Selbststeuerung mit Kostensenkung übersetzt und dabei die Interessen der Patientinnen und Patienten und des Pflegepersonals außen vor läßt. Das wäre hoch problematisch angesichts der entgegenstehenden Aussage des Koalitionsvertrages, wonach am Krankenpflegepersonal nicht gespart werden darf. Ich nehme an, daß mit den Stimmen Nordrhein-Westfalens der Krankenhausgesetzgebung im Vermittlungsausschuß zugestimmt worden ist, die die Aussetzung der vierten Stufe der Pflegepersonalregelung beinhaltet.

(Kreutz [GRÜNE])

- (A) Herr Minister, Sie haben hier mit Ihrem Redebeitrag ein Faß aufgemacht, wozu ich Ihnen geraten hätte, es während dieser Haushaltsberatungen noch geschlossen zu lassen.

(Zuruf der Brigitte Speth [SPD])

Wir haben da erheblichen Gesprächsbedarf. Den melde ich hiermit plenaröffentlich an.

(Beifall bei den GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD]: Herr Kreutz, wo ist der Dank? - Lebhaftes Zurufe von der CDU - Lothar Hege- mann [CDU]: Wer solche Freunde hat, hat keine Feinde mehr!)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, wünscht noch jemand zu sprechen? - Das ist nicht der Fall. Dann kann ich den Komplex "Arbeit, Gesundheit und Soziales" abschließen und rufe jetzt auf:

b) Kinder, Jugend und Familie

Ich erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Rösenberg für die Fraktion der CDU das Wort.

- (B) **Antonius Rösenberg (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Rückblick dieser letzten Minuten der Debatte wird deutlich: Heute morgen hat man versucht, den Koalitions- krach zumindestens über die politische Argumen- tation nach unten zu schrauben. Durch die Äuße- rungen von Herrn Kreutz bahnt sich ein neuer Krach an. Der Koalitionsausschuß wird zusam- mentreten, neue Wochenendtagungen der GRÜ- NEN sind notwendig.

(Zuruf der Brigitte Speth [SPD])

Sie sehen, die Problematik setzt sich fort.

Zur Haushaltsdebatte 07: Zum jugendpolitischen Bereich will ich nicht nur Anmerkungen ange- sichts von Zahlenvergleichen einzelner Titel und Titelgruppen machen, sondern auch einige inhaltliche Aspekte zukünftiger Jugend- und Familien- politik ansprechen.

In diesem Zusammenhang spielt sicherlich der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und För- derung der Jugendarbeit eine Rolle. Die Vorstel- lungen der Landesregierung, Herr Minister, wer- den mit Spannung erwartet, wobei es sicherlich keine leichte Aufgabe für Sie ist - das gehört mit in die Debatte über die zukünftige politische Ge- staltung der Jugendarbeit -, einerseits inhaltliche

Vorgaben zu beschreiben, denen man zustimmen kann, andererseits nicht der Gefahr zu erliegen, die Finanzierung der Ausführung dann dieser auf Zustimmung treffenden inhaltlichen Zielrichtungen überwiegend anderen zu überlassen. (C)

Sie haben auch die Gratwanderung aufgrund der Begrenzung durchzuführen. Der Ministerpräsident hat nämlich in der Regierungserklärung gesagt, es werde in Zukunft kein Landesgesetz erlassen, daß die Gemeinden und die Kommunen zusätzlich be- laste. Ähnlich steht es in der Gemeindeordnung beschrieben.

Insoweit war ich schon erstaunt darüber, daß Sie die Eckpunkte eines drittes Ausführungsgesetzes - wir haben eine einmütige Beschlußlage des Landtags vom März des letzten Jahres - auf der Jahrestagung des Landesjugendringes bekannt- geben wollten. Ich schätze die Arbeit des Landes- jugendringes. Ich glaube aber, daß die Vorstellung dieser Eckdaten auch in Anbetracht der gemein- samen Beschlußfassung zunächst in die parla- mentarischen Gremien hineingehört.

Wie den Mitteilungen der GRÜNEN zu entnehmen ist, haben Sie Gespräche geführt. Sie sind sich einig, daß der Koalitionsvertrag umgesetzt wird. Insoweit erwarten wir in den nächsten Wochen entsprechend die Vorlage zumindest von Eck- punkten. (D)

Zur inhaltlichen Ausgestaltung der Familienpolitik verweise ich auf unseren Antrag "Vorfahrt für Familien", aus dem Sie demnächst nach Verab- scheidung des Haushaltes, evtl. aber auch im Rahmen der Debatte hoffentlich einige Akzente aufgreifen - wenn auch nicht alle -, die uns viel- leicht gemeinsam hinsichtlich der Zukunftsorien- tierung der Familienpolitik im Lande einen Schritt weiterbringen.

Zu Beratungsangeboten im Lande Nordrhein- Westfalen: Wir stellen auch in den Gesprächen mit den Trägern von Beratungsstellen fest, daß immer neue Aufgabenstellungen auf die Ber- atungsträger zukommen, daß die Beratungsange- bote differenzierter sind und "daß die Beratungs- angebote" - so lesen wir es in der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage aus dem Jahre 1994 - "im Hinblick auf deren Arbeitswei- sen und Effektivität zu untersuchen sind".

(Große Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Hier ist das Signal gegeben worden, daß ein re- nommiertes Forschungsinstitut beauftragt worden ist, entsprechende Untersuchungen anzustellen

(Rüsenberg [CDU])

(A) beziehungsweise einen Bericht über die Regierung dem Landtag zuzuleiten. Meine Frage im Rahmen dieser Debatte nach zwei Jahren: Liegt dieser Bericht bald vor? Ihm wird sicherlich auch von der Vielfalt der Träger der Beratungsstellen und Beratungsangebote im Lande mit Interesse entgegen-gesehen.

Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz haben wir immer deutlich aus der Sicht der Opposition gesagt, daß wir die Mittel im Ausbauprogramm und auch die zusätzlichen 10 Millionen DM tragen, die für die Einrichtung von Betriebskindergärten in landeseigenen Verwaltungen als Angebote zur Verfügung gestellt werden sollen.

Wir haben auch da die Bitte, daß Sie uns die Schritte bei der Umsetzung, die auch aufgrund der gemeinsamen Beschlußlage des Landtages erfolgt, zur rechten Zeit darlegen, damit wir in der parlamentarischen Beratung notfalls landespolitische Veränderungen vielleicht auch finanzieller Art aufgreifen und auf den Weg geben können.

(B) Zu einzelnen Titelbereichen: Wenn ich die Ausarbeitung der GRÜNEN im Hinblick auf die Tagung am nächsten Wochenende sehe, gewinne ich den Eindruck, daß nur die GRÜNEN etwas im Haushalt bewegt haben. Ich stelle fest, daß nicht in unserem Bereich der Jugend- und Familienpolitik der Sprengstoff liegt, der heute morgen in der Debatte zu anderen Bereichen auch zwischen den Koalitionsfraktionen sichtbar geworden ist.

Insoweit komme ich auf die Formulierung in "Landtag intern" zu sprechen, daß sich bei der Abstimmung über die 21 Änderungsanträge aller Fraktionen bei einigen Gelegenheiten die Existenz einer "Fraktion Familie" zeigte.

Bei all dem Streit, den wir in der Sache haben, darf man feststellen, daß es Übereinstimmungspunkte im Bereich von Familien- und Jugendpolitik gibt, daß wir uns gemeinsam geeinigt haben - durch unsere Initiativen als Opposition und durch die Anträge der Koalitionsfraktionen -, für die Förderung der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule bei der Ganztagsbetreuung zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir werden dieses Thema in einem weiteren Antrag, den wir demnächst im Parlament behandeln, noch einmal aufgreifen und zusätzliche Elemente in die Diskussion bringen.

Für uns war es völlig unverständlich, daß trotz des Beschlusses des Landtages, den Ausbau des Freiwilligen Ökologischen Jahres zu fördern, die

Landesregierung im Etatentwurf einen Ansatz von null DM ausweist. Wir wollen in einem gemeinsamen Antrag jetzt 700 000 DM zur Verfügung stellen. (C)

Ich glaube auch, daß unser Antrag zur Familienbildung zeitlich wie auch inhaltlich richtig plaziert war. Es wurde nämlich deutlich, daß die Schere in der Vergangenheit einerseits hinsichtlich neuer Aufgabenstellungen für Familienbildungsstätten und der erhöhten Nachfrage und andererseits des Rückgangs der Landesmittel auseinander ging, was dazu geführt hat, daß die Teilnehmergebühren erhöht werden mußten. Die Anteile der Eigenmittel der Träger haben sich vom Jahr 1983 bis zum Jahr 1992 um 125 % nach oben bewegt.

Die Mittelkürzungen in dem Bereich, der insbesondere Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, deren Familien, Ausländer und Aussiedlerfamilien betrifft, vorgenommen von einer Regierung mit SPD-Mehrheit, die immer vorgibt, daß ihre Partei die Interessen des kleinen Mannes vertrete - wer hat das im Lande verstanden? Auch die Reaktionen auf unseren Antrag haben die Koalitionsfraktionen bewegt, Anträge auf Erhöhung in diesem Zusammenhang zu stellen.

Wir haben kritisch bewertet - das tue ich hier auch -, daß man eine neue Titelgruppe für die Förderung der Schwulen- und Lesbenarbeit mit locker 1,6 Millionen DM einbaut. (D)

(Lothar Hegemann [CDU]: So geht das!)

Wir sperren uns nicht generell gegen die Aufgabenstellung. Wir meinen aber, daß die Gleichwertigkeit gegenüber anderen Maßnahmen der Jugendarbeit gefährdet wird, wenn man einen Bereich besonders herausstellt und fördert, während in anderen Bereichen der Jugendarbeit zusätzliche Probleme entstanden sind.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben Kürzungsanträge zu Bereichen gestellt, bei denen wir sie angesichts enger finanzieller Spielräume für geboten halten: Bei Kosten für Sachverständige, ---

(Unruhe)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Rüsenberg, ---

Antonius Rüsenberg (CDU): Ich komme gleich zum Schluß.

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Rösenberg, ich möchte Sie einmal unterbrechen. Wenn die Damen und Herren der Fraktionen, denen Sie nicht angehören, nicht zuhören, ist das noch verständlich. Aber wenn die Kolleginnen und Kollegen der eigenen Fraktion nicht zuhören, finde ich das schon einigermaßen merkwürdig. - Bitte schön!

Antonius Rösenberg (CDU): Ich komme zu einigen Kürzungsanträgen, mit denen wir deutlich machen wollen, daß wir im Hinblick auf enge finanzielle Spielräume Titel sehen, bei denen unseres Erachtens erhebliche Kürzungen erforderlich sind: Kosten für Sachverständige, Untersuchungsvorhaben, Drucklegung von Berichten, die in der nächsten Zeit noch gar nicht auf dem Markt erscheinen. Hier hätte man andere, bessere Prioritäten setzen können. Wir haben gravierende Kürzungen der Zuschüsse für Aufgaben der überörtlichen Organisationen der Jugend- und Familienhilfe und eine Reduzierung der Zuschüsse für die Fortbildung in der sozialen Arbeit um 530 000 DM. Hier ist auch das Ehrenamt negativ betroffen. Unsere Erhöhungsanträge sind abgelehnt worden.

(B) Wir werden dem Einzelplan trotz einiger Punkte der Übereinstimmung insgesamt nicht zustimmen. Ich habe auf die Gemeinsamkeiten hingewiesen, aber auch die uns trennenden Elemente verdeutlicht. Wenn wir die Haushaltsplangestaltung insgesamt vornehmen würden, dann hätten wir im Einzelplan 07, was unseren Bereich betrifft, zukunftsorientierte Aspekte der Jugend- und Familienpolitik in verstärktem Maße aufgegriffen, um gerade im Bereich der Jugend- und Familienpolitik stärker, als es die Regierung und die Koalitionsfraktionen getan haben, Prioritäten zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Flessenkemper für die SPD-Fraktion das Wort.

Bernd Flessenkemper (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zum Schluß war das ja eine Reihe von Aufzählungen, Herr Rösenberg. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Sie - und das haben Sie an mehreren Stellen gesagt - im großen und ganzen eigentlich ein hohes Maß an Übereinstimmung feststellen, bis auf einen Punkt, den Sie zum

Schluß noch einmal genannt haben, wo Sie eine Verstärkung erwartet hätten, nämlich bezogen auf zukunftsorientierte Jugendarbeit. Darauf will ich später noch eingehen. (C)

Aber ich glaube, das, was mit Ihrer Einschätzung zu tun hat, resultiert einfach daraus, daß man feststellen muß, daß die Aktivitäten und die Gelder in diesem Bereich, nämlich im Bereich Kinder, Jugend und Familie, im Jahre 1996 im wesentlichen wie bisher fortgeführt werden. Nun wäre eine solche Botschaft - also die Überrollung der bisherigen Finanzansätze, wie wir das im allgemeinen bezeichnen - vor einigen Jahren sicher nicht als besonderes Ergebnis von Haushaltsverhandlungen bewertet worden. Aber unter den finanzpolitischen Rahmenbedingungen des Jahres 1996 mit der Vorgabe des Finanzministers, in disponiblen Programmbereichen 30 % einzusparen, und vor dem Hintergrund, daß einige Städte bis zu 50 % ihrer Ausgaben im Bereich der Jugendarbeit in den letzten Jahren gekürzt haben, kann man das Fortführen - im wesentlichen - der bisherigen Ansätze nur als ein gutes Ergebnis der Haushaltsberatungen bezeichnen.

Dies war nur möglich, weil die angesprochene Einsparquote in anderen Bereichen mehr als erfüllt worden ist, und es macht deutlich, wie wichtig es uns Sozialdemokraten ist, unsere Anstrengungen bei den Kindern, bei den Jugendlichen, im Bereich der Familienpolitik kontinuierlich beizubehalten, auch in finanzpolitisch schwierigen Zeiten. (D)

Damit komme ich zu den Einzelbereichen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen den Landesjugendplan, ein Förderinstrument, um das uns andere Bundesländer beneiden, beneiden wegen des in der Bundesrepublik einmaligen Fördervolumens von rund 190 Millionen DM. Wir fördern daraus allein die Jugendverbände mit rund 50 Millionen DM, und wir unterstützen damit ein breites Spektrum von bewährten Angeboten von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, die natürlich auf eine engagierte ehrenamtliche Mitarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestützt werden. Aber eine solche ehrenamtliche Mitarbeit ist nur leistbar mit einer entsprechenden fachlichen Begleitung und Ergänzung. Denen, die diese fachliche Arbeit und Begleitung vollziehen, den Jugendbildungsreferenten, kommt eine besondere Funktion zu. Um ihre Arbeit zu sichern, werden wir deshalb in dieser Etatposition im nächsten Jahr eine Erhöhung um etwa 1,2 Millionen DM vornehmen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

(Flessenkemper [SPD])

- (A) Die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit in über 1 200 Einrichtungen werden in diesem Jahr rund 72 Millionen DM erhalten. Wie eingangs erwähnt, konnte durch diese ergänzende Landesförderung die Schließung so mancher Jugendeinrichtung verhindert werden, allerdings nicht immer, weil es zum Beispiel auch vor Ort manchmal an entsprechenden Mitteln hapert. Gerade dort wäre aber eine längerfristige Perspektive dringend nötig.

Da bin ich auch bei dem Stichwort, das Sie genannt haben, bei dem Gesetz zur Absicherung und Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, das diese Perspektiven bringen soll und bringen wird. Wir werden die Diskussion der inhaltlichen Schwerpunkte dieses Gesetzes noch vor dem Sommer beginnen und das Gesetz bis zum Jahresende 1997 auf den Weg bringen.

Noch zu einem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, den Sie mit zukunftsorientierter Arbeit angesprochen haben! Ich nenne Stichworte wie Fußball-Fangruppen, Medien- und Jugendkulturarbeit, mobile Initiativen, Projekte wie zum Beispiel die schulmüden Jugendlichen. Hier wird es möglich - und da haben wir erste Erfahrungen -, Zugänge zu Jugendlichen zu finden oder auch neue Präventionsansätze bei Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Sozialdemokraten wollen deshalb für diesen Bereich eine Million DM zusätzlich zur Verfügung stellen. Das entspricht also genau dem, was Sie angesprochen haben.

- (B) In eine ähnliche Richtung geht es bei der Ganztagsbetreuung im Bereich zwischen Schule und Jugendeinrichtungen. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde hierfür im letzten Jahr erstmalig eine Million zur Verfügung gestellt. Erfreulicherweise konnten wir feststellen, daß dieses Objekt auf großen Zuspruch gestoßen ist. Wir greifen das auf und werden diesen Ansatz in diesem Jahr nochmals um 500 000 DM erhöhen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich der Jugendarbeit, der fortgeführt wird, ist der ganze Bereich der Jugendberufshilfe.

Im Bereich der Familienpolitik, den Sie angesprochen haben, werden die Beratungs- und Erholungsmaßnahmen wiederum mit ca. 80 Millionen DM und die Bildungsmaßnahmen mit ca. 38 Millionen DM gefördert.

Die auch von Ihnen angesprochene Einsparung im Bereich der Konsolidierungsmaßnahmen, wofür 1,2 Millionen DM vorgesehen waren, und zwar

insbesondere für die Personengruppen in besonderen Problemsituationen, wollen wir kompensieren, indem wir diese Einsparung um 600 000 DM zurücknehmen. Damit reagieren wir auf die zahlreichen Briefe und Gespräche mit Trägern, die uns deutlich gemacht haben, wie schwierig die Situation für sie geworden wäre, wenn die Kürzung in vollem Umfang zum Tragen gekommen wäre.

Aber auch wenn wir hier die Einsparung vielleicht nicht ganz wettmachen können, so bleibt festzustellen, daß der Hauptansatz für Bildungsmaßnahmen mit 35 Millionen DM unverändert weitergefahren werden kann und es damit gelungen ist, auch in diesem Bereich die Förderung zu sichern. Dazu haben wir gerade in der Plenarsitzung im Januar - der Kollege Vöge hat ausführlich dazu gesprochen - darauf hingewiesen, daß wir in diesem Bereich mit Ausgaben von 38 Millionen DM für die Familienbildung deutlich mehr tun als alle Bundesländer zusammen mit einem Volumen von ca. 15 Millionen DM. Auch das will ich in Erinnerung rufen.

Im Sinne einer Ausgewogenheit will ich gern Familienverbände zitieren, die die Leistungen der Landesregierung im Bereich der Familienpolitik an mehreren Stellen als herausragend apostrophieren. Ich will aber auch Familienverbände zitieren, die die Familienpolitik in Bonn kommentieren. In der FAZ vom 30. Januar ist beispielsweise nachzulesen:

"Die Forderung des Bundesverfassungsgerichts von 1992, daß sich die Situation von Familien bei jedem Reformschritt verbessern sollte, wird nicht nur ignoriert,"

- hier sind wir jetzt bei der Bewertung der Bundespolitik -

"sondern ins Gegenteil verkehrt. Der neue Familienleistungsausgleich führt dazu, daß ein Ehepaar mit einem Einkommen von 3 500 DM jetzt 215 DM Steuern weniger zahlt. ... Ein Ehepaar mit zwei Kindern hat dagegen nur eine Steuerersparnis von 83 DM, also 132 DM weniger."

Das ist die Feststellung des Familienbundes der Deutschen Katholiken und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung zur Bonner Sozial- und Familienpolitik.

Man muß festhalten: Die von Bonn ausgehende unsoziale Steuer- und Abgabepolitik stranguliert mittlerweile nicht nur kinderreiche Familien und alleinerziehende Mütter, sondern insbesondere

(C)

(D)

(Flessenkemper [SPD])

(A) und vermehrt die Familien mit mittleren Einkommen.

Zurück zu den nach Einschätzung der NRW-Familienverbände herausragenden familienpolitischen Leistungen des Landes:

Im Kindergartenbereich hat sich der Landesanteil bei den Betriebskosten in der letzten Legislaturperiode fast verdoppelt - von 850 Millionen auf jetzt 1 435 Millionen DM. Das hat unter anderem damit zu tun, daß wir in einer gemeinsamen großen Kraftanstrengung von Trägern, Kommunen und Land in den letzten Jahren mächtig zugebaut haben. Für diesen Ausbau wurden neben den Betriebskosten investive Kosten für etwa 135 000 zusätzliche Plätze zur Verfügung gestellt. Wir lassen in unseren Anstrengungen auch 1996 nicht nach. Nochmals werden Mittel für weitere 20 000 Kindergartenplätze sowie für weitere Hortplätze und altersgemischte Gruppen ausgewiesen.

Trotz dieser gewaltigen Anstrengung wird es nicht möglich sein, für alle Eltern, die dies wünschen, einen Kindergartenplatz zum 1. August zur Verfügung zu stellen, abgeleitet aus dem Rechtsanspruch. Wir haben deshalb die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, daß der Rechtsanspruch während des Überbrückungszeitraums - also bis zum Dezember 1998 - auch durch andere geeignete Maßnahmen erfüllt werden kann. Wir wollen diese anderen geeigneten Maßnahmen mit einem Volumen von über 28 Millionen DM analog zu den Kindergartenplätzen bei den Betriebskosten fördern. Die Kommunen sollen dabei die Möglichkeit haben, unbürokratisch vor Ort bedarfsgerecht und rasch Angebote zu schaffen. Von Landesseite werden wir nur wenige Vorgaben und qualitative Empfehlungen herausgeben.

(B) In diesem Zusammenhang erstaunt eine Überlegung des Städtetages NRW. Der Städtetag überlegt, ob das Land nicht auf die anteilige Finanzierung der Überbrückungsmaßnahmen verzichten sollte, und erwartet statt dessen eine 60%ige Erhöhung der Landesanteile bei den Investivkosten. Die Milchmädchenrechnung des Städtetages sieht dann so aus: Mehrausgaben im investiven Bereich 120 Millionen DM, Einsparungen für Überbrückungsmaßnahmen - ohne Tagespflege - 18,5 Millionen DM. Wie diese Rechnung aufgehen soll, bleibt wohl das Geheimnis des Städtetages.

Weiter frage ich: Woraus läßt sich eigentlich erklären, daß die Kommunen, denen das Geld für die investiven Maßnahmen im Kindergartenbau fehlt, Geld bereitstellen sollten, um die Betreu-

ungsangebote allein finanzieren zu können? Vielmehr kann man dabei doch vermuten, daß Betreuungsangebote dann eben nicht in ausreichender Zahl geschaffen werden, daß man also Eltern und Alleinerziehende mit ihren Kindern draußen vor der Tür oder im Regen stehen läßt. Das wollen wir auf keinen Fall. Ich kann nicht erkennen, daß solche Überlegungen in unserem gemeinsamen Bemühen, die anstehenden Probleme zu lösen, hilfreich sind. (C)

Gemeinsam haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Sozialdemokraten die Landesfinanzierung mit 700 000 DM für das FÖJ gesichert, die Zuschüsse für Träger im Bereich der gleichgeschlechtlichen Lebensformen erhöht sowie die Vergütung für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach dem Weiterbildungsgesetz gefördert werden, angepaßt. Das waren nicht immer leichte Verhandlungen, aber die Ergebnisse sind durchaus vertretbar, ja vorzeigbar. Das wird uns durch Reaktionen von Jugendverbänden, von Initiativen und von Landesträgern bestätigt.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Flessenkemper!

Bernd Flessenkemper (SPD): Ja, ich komme zum Schluß, wenn Sie das sagen wollen. (D)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Genau das wollte ich sagen.

Bernd Flessenkemper (SPD): Mein Schlußsatz lautet: Mit einem Gesamtvolumen von fast 2,5 Milliarden DM für kinder-, jugend- und familienpolitische Aktivitäten steht Nordrhein-Westfalen weiterhin an der Spitze. Wir setzen weiterhin auf bewährte pluralistische Strukturen und Angebote. Aber wir stellen uns auch verstärkend den neuen Herausforderungen, wohl wissend, daß eine wirksame präventive Arbeit auf Dauer effektiver und kostengünstiger ist als gesellschaftspolitisches Reparaturflickwerk nach dem Muster aus Bonn.

Die Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien bedürfen einer verlässlichen Förderung. Mit

(Flessenkemper [SPD])

- (A) dem gemeinsamen Haushaltsentwurf 1996 werden wir diesem Anspruch gerecht. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Koczy das Wort.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ja eine Eigenart der Fachpolitikerinnen und gerade derjenigen im Bereich Kinder, Jugend und Familie, daß sie mit der Höhe der veranschlagten Haushaltsmittel eigentlich nie so ganz zufrieden sind und sich auch durch den Hinweis auf leere Kassen nicht davon abbringen lassen, mehr zu fordern. Mögen die Haushalts- und Finanzpolitikerinnen diese uneinsichtige Haltung nachsehen!

Doch es gibt meiner Ansicht nach keine besser angelegte Investition als die in die Zukunft unserer Kinder und unserer Jugend. Was hier versäumt wird, kommt uns schnell anderswo teuer zu stehen.

- (B) Ich denke, die Allianz der Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker hat in unserem Bereich Kinder, Jugend und Familie funktioniert. Ich begrüße es, daß auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, in vielen Bereichen unseren Vorschlägen für eine Mittelaufstockung in diesem Haushaltstitel inhaltlich zustimmen und dies auch in den Einzelabstimmungen oft getan haben. Und wenn Sie schließlich aus Parteiräson dagegen stimmen und es nicht mittragen, dann kann ich das in gewisser Weise auch nachvollziehen. Schließlich gehören Sie in die Opposition.

Zum Bereich des Landesjugendplans: Der Entwurf der Landesregierung war mehr oder weniger eine Überrollung vom letzten Jahr. Vor dem Hintergrund massiver Kürzungen in anderen Bereichen war das schon ein Vorzug und eine Anerkennung der Tatsache, daß Kinder und Jugendliche nicht im Regen stehen gelassen werden dürfen. Doch ist es im Verlauf der Haushaltsberatungen weiter gelungen, den Landesjugendplan insgesamt noch einmal aufzustocken. Das heißt, einzelne Bereiche konnten besser als ursprünglich vorgesehen gefördert werden, ohne daß andere Bereiche im selben Haushalt und Einzelplan dafür bluten mußten. Das, glaube ich, ist schon ein Grund zur Zufriedenheit.

Ich will nur einige Beispiele nennen: So ist dies bei der Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres geschehen, einer Maßnahme, die erst im vergangenen Jahr angelaufen ist. Hier wurde die Möglichkeit für junge Menschen zu einer sinnvollen Beschäftigung im Umweltbereich geschaffen, und die Nachfrage zeigt, daß wir hier auf dem richtigen Wege sind. Der jetzt vorliegende Haushalt wird es ermöglichen, nach einer konzeptionellen Überprüfung in diesem Jahr, diese vielversprechenden Ansätze weiter fortzuentwickeln.

Beim Landesjugendplan ist uns auch im Bereich der Förderung innovativer jugendpolitischer Projekte ein wesentlicher Schritt gelungen. Ein großer Teil der hierfür bislang veranschlagten Mittel ist in der Vergangenheit für die Unterstützung von Fußballfanprojekten benötigt worden. Eine wichtige und in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende Arbeit! Aber im Bereich der innovativen Jugendpolitik gibt es auch noch andere Projekte von kleinen Initiativen oder auch etablierten Verbänden, die der Unterstützung bedürfen, aber in der klassischen Förderung bislang nicht vorkommen. Ich nenne feministische Mädchenarbeit, emanzipatorische Jungenarbeit, interkulturelle Projekte, die das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft fördern und unterstützen, um nur einige zu nennen. Vielfach werden mit solchen, neue Wege der Jugendarbeit aufzeigenden Initiativen Jugendliche angesprochen, die durch tradierte Formen längst nicht mehr anzusprechen sind.

Auch die erst im letzten Jahr angelaufene Modellförderung für Betreuungsangebote für Schulkinder in Kooperation mit Schulen und Trägern der Jugendhilfe konnte aufgestockt werden. Das gibt den Initiativen vor Ort die Sicherheit, daß sie eben auch im kommenden Schuljahr weiterarbeiten können, und ermöglicht darüber hinaus eine Förderung von weiteren Initiativen.

Verglichen mit anderen Bereichen können wir also mit der Ausstattung des Landesjugendplans relativ zufrieden sein. Auf dieser Basis können wir uns an das große jugendpolitische Vorhaben dieser Legislaturperiode begeben: das dritte Ausführungsgesetz zum KJHG. Hier werden wir vor großen Aufgaben stehen. Das Jugendfördergesetz als Leistungsgesetz - das ist es, was wir wollen.

Auch im Bereich der Familienpolitik ist es gelungen, geplante Kürzungen zumindest teilweise zurückzunehmen, so geschehen im Bereich des Sonderprogramms für Familienbildung, wo die von der Landesregierung vorgesehenen Kürzungen landesweit zu ganz erheblichen und berechtigten

(C)

(D)

(Koczy [GRÜNE])

- (A) Protesten geführt haben. Dieser Punkt ist besonders wichtig, weil er sozial benachteiligten Familien zugute kommt: Familien in sozialen Brennpunkten, Sozialhilfeempfängerinnen und deren Familien, Ein-Eltern-Familien mit drei und mehr Kindern, Spätaussiedlerinnenfamilien und Familien nichtdeutscher Herkunft, vom Strafvollzug betroffene Familien.

Aber nichts geht ohne Wermutstropfen, und einen solchen haben wir im Bereich des Sonderprogramms für sozial benachteiligte Gruppen und Familien, das seinerzeit auf Beschluß des zuständigen Ausschusses aufgelegt wurde und als sogenannte freiwillige Leistungen ergänzende Förderungen im Bereich der Familienbildung vorsieht. Denn die von der Landesregierung geplanten Kürzungen konnten ja nur zur Hälfte wieder ausgeglichen werden.

Aber gerade in den letzten Tagen ist uns wiederum durch die Meldung des Deutschen Kinderschutzbundes deutlich vor Augen geführt worden, in welche Schieflage unsere Gesellschaft hineingeraten ist. Kinder leben in Abhängigkeit von der Sozialhilfe. Und vielen von ihnen wird es nicht möglich sein, da wieder herauszukommen. Kinder werden immer häufiger zum Armutsrisiko für Familien, besonders natürlich für alleinerziehende Frauen.

- (B) Mit den auf Landesebene möglichen Mitteln und Instrumenten müssen wir gegen den Bonner Kurs steuern. Wir werden dabei die Bonner Koalition nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen, endlich konsequent für die Förderung von Kindern und Familien einzutreten, endlich mit der familienpolitischen Rhetorik Schluß zu machen und Taten folgen zu lassen. Ich würde mich freuen, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie dies in Ihrer Partei ebenfalls täten. Aber wir werden das auf Landesebene Mögliche und Nötige tun. Das bedeutet, sozial Benachteiligte zu stärken und die Angebote für Kinder und Jugendliche nicht zu kürzen, sondern auszubauen.

Familienpolitik heißt aber auch die Anerkennung der Tatsache, daß gleichgeschlechtliche Lebensformen einer Unterstützung bedürfen. Ich begrüße es sehr, daß wir hier zu einer Normalität kommen, die Sie, Herr Rüsenberg, ja kritisiert haben. Hier konnte die Unterstützung für die Selbstorganisation von Lesben und Schwulen um 800 000 DM erhöht werden. Darin enthalten sind 200 000 DM für Maßnahmen für Opfer von antischwuler Gewalt.

(C) Im Bereich Kindertagesstätten kann mit den hier veranschlagten Mitteln das gesteckte Ziel, Voraussetzungen für die Realisierung des Rechtsanspruchs bis 1999 zu schaffen, erreicht werden. Und erstmals - das ist das Neue - sind Mittel für die sogenannten Übergangslösungen eingestellt, über deren qualitativen Merkmale wir in Zukunft noch sprechen werden - möglichst schnell, damit das Land eben nicht in die Förderung von Verwahranstalten einsteigt.

Jeder Antrag für einen Kindergartenbau kann bedient werden, und wir hoffen, daß die Gemeinden kräftig von diesem Angebot Gebrauch machen werden. Aber auch für Kindergärten in landeseigenen Einrichtungen werden erstmals Mittel bereitgestellt, so daß in Kooperation mit anderen Einrichtungen oder Trägern zusätzliche Plätze geschaffen werden können. Ich denke, daß das ein ganz wichtiges Signal von der Landesebene aus ist.

Meine Damen und Herren, mit der Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in unserem Lande können wir nicht zufrieden sein. Dazu sind die Problemlagen zu groß. Aber mit diesem Haushalt können wir relativ zufrieden sein, eine Reihe wichtiger Akzente und Signale für diese Gruppen gesetzt zu haben.

(D) Natürlich hätten wir uns gewünscht, daß für Kinder, Jugendliche und Familien noch viel mehr hätte getan werden können. Natürlich wäre es viel schöner, wenn die Gruppenstärken in den Kindergärten reduziert werden könnten. Natürlich wäre es schöner, wenn die bestehenden vielfältigen Angebote für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden könnten. Natürlich wäre es viel schöner, wenn man mehr Geld für den Ausbau eines weltanschaulich ausgewogenen pluralen Beratungsangebots für schwangere Frauen zur Verfügung hätte stellen können. - Ich könnte noch eine ganze Reihe weiterer Beispiele aufzählen.

Würden wir dies jedoch nicht weiter wünschen und fordern, wären wir als Fachpolitikerinnen fehl am Platze, würden wir unserer Rolle als Lobby für Kinder und Jugendliche nicht gerecht werden. In diesem Sinne werden wir weiter aktiv bleiben und uns für diese Möglichkeiten einsetzen.

Die ersten Schritte in die richtige Richtung sind mit diesem Haushalt jedenfalls gemacht. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Dr. Horstmann das Wort.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch in diesem Bereich des Einzelplans 07 gibt es Kontinuität und zugleich neue Akzente zu verzeichnen. Daß Kontinuität in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik eine überaus große Bedeutung hat, dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, sorgt alleine schon der Umstand der enormen quantitativen Bedeutung der Fördermittel für die Kindergärten in Nordrhein-Westfalen.

In der letzten Legislaturperiode haben wir gemeinsam mit den Kommunen, den freien Trägern und Elterninitiativen 125 000 neue Plätze geschaffen. Wir werden diese enorme Anstrengung - gewaltig auch in quantitativer Hinsicht - noch eine Zeit fortsetzen müssen.

Im Haushaltsentwurf sind 215 Millionen DM als Verpflichtungsrahmen vorgesehen. Das wird für weitere 25 700 Kindergartenplätze reichen. Diese Plätze werden Mitte 1998 fertig sein. Dann werden wir in Nordrhein-Westfalen eine Versorgungsquote von 95 % erreicht haben. Das sind genügend Kindergartenplätze, um die drei Jahrgänge zu versorgen, die wir seit jeher im Kindergarten betreuen.

(B) Mit diesem Haushalt tragen wir aber auch den unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten, die zum Teil erheblich voneinander abweichen, Rechnung. Das Land will ab dem 1. August 1996 Überbrückungsmaßnahmen fördern, die vor allen Dingen deshalb erforderlich werden, weil wir es eben nicht nur mit den drei Kernjahrgängen zu tun haben.

Wir wissen, daß eine rasche und auf den örtlichen Bedarf abgestellte Hilfemöglichkeit eröffnet werden muß, damit die Ansprüche auf einen Kindergartenplatz möglichst schnell erfüllt werden können. Wir werden verschiedene Mittel einsetzen müssen, um dieses Ziel zu erreichen: die Nachmittagsbetreuung im Kindergarten, Kindergartenplätze in provisorischen Räumen, Spielgruppen und Plätze im Rahmen qualifizierter Tagespflege.

Das Land wird 1996 außerdem Fördermittel für die Betreuung von Kindern im schulpflichtigen Alter bereitstellen. Wir werden uns darauf einstellen müssen, daß das wachsende Angebot im Kindergartenbereich für die Drei- bis Sechsjäh-

rigen auch eine wachsende Nachfrage nach Plätzen für Kinder über sechs Jahre induzieren wird, auch noch außerhalb der Grundschule für Kinder bis zum elften bzw. zwölften Lebensjahr.

(C)

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß realistisch gesehen die Möglichkeiten für eine befriedigende Versorgung nur dann ausreichen, wenn wir bereit sind, auch unkonventionelle Lösungen zu ergreifen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden deshalb über die traditionellen, klassischen Angebote hinaus - gemeint sind der Hort und das Schulkinderhaus - einen Schritt hin zu Förderung innovativer anderer Lösungen machen müssen. Wir wollen diesen Schritt unternehmen und die Träger der Jugendhilfe motivieren, im Rahmen bestehender personeller und sächlicher Ressourcen zusätzliche Angebote zu unterbreiten. Dies haben wir in der Vergangenheit bereits getan, zugegebenermaßen mit einem bescheidenen Mittelaufwand. Immerhin sind aber 60 unterschiedliche Projekte dieser Zielsetzung und Aufgabenstellung in Nordrhein-Westfalen ins Leben getreten.

Meine Damen und Herren, ein Schwerpunkt der Landespolitik wird in diesem Jahr wiederum die Jugendpolitik sein. Den Ausführungen von Herrn Kollegen Flessenkemper habe ich nichts hinzuzufügen. Nordrhein-Westfalen steht bei der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit im nationalen Vergleich an der Spitze; ich vermute, im Internationalen Vergleich ebenfalls. Dies gilt sowohl für die Höhe der zur Verfügung gestellten Mittel wie auch die Qualität und Dichte der Förderung: 1241 Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, 53 Millionen DM Jahresförderung für die anerkannten Jugendverbände. Das sind übrigens 1,2 Millionen DM mehr als 1995.

(D)

Aber, meine Damen und Herren, neben diesen institutionellen Förderansätzen in der offenen Jugendarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit benötigen wir Spielraum, und zwar Spielraum für neue Konzepte präventiver Arbeit. Daß solche Projekte erfolgreich sein können und es sich lohnt, Spielraum für ihre Förderung zu eröffnen, erkennen wir an nichts so deutlich wie an dem Beispiel der gewaltpräventiven Arbeit mit jugendlichen Fußballfans: Das Land fördert in sieben Städten derartige Projekte. Die Gewaltbereitschaft der jungen Menschen, der jungen Fußballfans in den Fußballstadien, ist ganz erheblich und erkennbar zurückgegangen. Wer wenigstens hin und wieder ein Fuß-

(Minister Dr. Horstmann)

- (A) ballbundesligaspiel besucht, wird dies an der Atmosphäre und dem Klima im Stadion persönlich wahrnehmen können.

Die Gewalt ist auf dem Rückzug, und festzuhalten ist auch der positive Aspekt, daß die rechtsradikalen Ausschreitungen, die noch Anfang der neunziger Jahre große Schlagzeilen gemacht haben, in diesem Bereich fast verschwunden sind. Das ist ein hervorragender Beweis für die Wirksamkeit situationsadäquater und schnellen Handelns.

Ich messe dem Freiwilligen Ökologischen und dem Freiwilligen Sozialen Jahr große Bedeutung zu. Das hat nichts mit der Frage der Berücksichtigung spezieller Mittel für diese Zwecke im ursprünglichen Haushaltsentwurf der Landesregierung zu tun. Zur Förderung der Maßnahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres wären auch sonst Mittel und Wege gefunden worden. Allerdings gibt es jetzt hier eine stabilere Grundlage.

Wir rechnen mit steigendem Interesse junger Menschen, die sich an diesen freiwilligen Diensten beteiligen. Erfahrungen zeigen, daß diese jungen Menschen eine wesentliche persönliche Erfahrung in diesem Jahr machen und auch Hilfe bei ihrer beruflichen Orientierung erhalten.

- (B) Die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit nimmt einen breiten Raum ein. Das Sonderurlaubsgesetz ist mit 4,8 Millionen DM ausgestattet. Auch hier gilt: Nordrhein-Westfalen liegt vorn.

Jugendberufshilfe leistet einen wesentlichen Beitrag insbesondere dazu, daß junge Menschen ohne Schulabschluß überhaupt Voraussetzungen erwerben können, um Chancen der beruflichen Ausbildung zu haben. In diesem Jahr werden etwa 2 400 Jugendliche solche Hilfen erhalten und damit neue Hoffnung schöpfen können.

Ein paar Worte zur Jugendpolitik, auch zu dem Anspruch von Herrn Kollegen Rösenberg, die Landesregierung möge sich erklären, wohin sie will: Jugendpolitik richtet sich an eine Zielgruppe, die wie kaum eine andere immer neue Entwicklungsphasen durchmacht. Will die Jugendpolitik und Jugendarbeit zielgenau auf die Bedürfnisse und Erwartungen der jungen Menschen zugeschnitten sein, darauf eingehen können, so müssen sich alle Beteiligten immer wieder neu Fragen stellen und dürfen sich nicht auf Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen.

Was bedeutet Jugend heute? Wie ist die Situation junger Menschen in Arbeit und Leben heute? Mit welchen Instrumenten ist eine zeitgemäße Ju-

- gendarbeit am besten auszustatten? Wie kann die Jugendarbeit die jungen Menschen erreichen? (C)

Ich möchte eine ausführliche und gründliche Diskussion über diese Fragen anregen. Der Rahmen dieser Debatte soll und kann die Diskussion über ein drittes Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz sein.

Im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales werden in der Tat zur Zeit Eckpunkte erarbeitet, die ich in Kürze auch vorstellen werde. Ich kann dabei schon jetzt sagen, daß das dritte Ausführungsgesetz nicht unter dem Paradigma "Besitzstandswahrung" wird stehen können, weil wir sonst hinsichtlich der Erfordernisse zu kurz greifen würden. Dabei ist klar, die beiden zentralen Säulen, über deren Ausstattung 1996 ich gesprochen habe - die Jugendverbandsarbeit und die Arbeit der offenen Einrichtungen -, bleiben wichtige institutionelle Aufgaben. Es müssen aber neue Elemente hinzukommen, neue Möglichkeiten geschaffen werden, flexibel auf Herausforderungen heutiger Jugendarbeit einzugehen, Spielraum zu haben für das, was wir im Rahmen der gewaltpräventiven Arbeit mit jugendlichen Fußballfans getan haben. Dieses Beispiel zeigt - ich wiederhole mich -, wie wichtig solche Spielräume sind.

- Ich lade alle Interessierten zur Beteiligung an dieser Diskussion ein. Es geht um die Zukunft der kommenden Generationen; es geht damit auch um ein großes Stück der Zukunft unseres Landes. Ich glaube, es sollte möglich sein, daß dabei die sachorientierte Debatte im Vordergrund steht. (D)

Durch unser Beratungs- und Hilfsangebot in der Familienhilfe, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir auch weiterhin dazu beitragen, daß Familien die notwendige Unterstützung finden und Problemsituationen überwinden können. Wiederum investieren wir in die 340 Beratungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen knapp 80 Millionen DM. Auch in diesem Bereich gibt es starke, zum Teil dramatische gesellschaftliche Veränderungen, auf die reagiert werden muß. Besondere Unterstützung brauchen die Kinder alleinerziehender Personen. In der Praxis sind dies im Regelfall alleinerziehende Mütter.

Mit dem Unterhaltsvorschußgesetz leistet das Land zusammen mit dem Bund einen Beitrag dazu - in vielen Fällen den entscheidenden Beitrag -, daß die individuellen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Kindern stabil bleiben, deren Väter den Unterhalt nicht leisten oder nicht leisten können.

(Minister Dr. Horstmann)

(A) Diese öffentliche Aufgabe ist wichtig. Ich möchte aber auch sagen, daß die derzeitige Rückflußquote der Mittel in Höhe von 13 % nicht akzeptabel ist. Die Landesregierung wird deshalb gemeinsam mit den Kommunen intensive Gespräche führen, wie dieser Mittelrückfluß erhöht werden kann. Diese Anstrengungen sind notwendig. Es ist keine Verwaltungsaufgabe, sondern eine politische Aufgabe, damit dieses wichtige soziale Leistungsgesetz nicht öffentlich diskreditiert werden kann.

Die Landesregierung - auch das hat in der Debatte eine Rolle gespielt - wird sich verstärkt um die Lebensbedingungen von Menschen in gleichgeschlechtlichen Lebensformen bemühen. Ich werde im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ein entsprechendes Referat einrichten. Es erhält die Federführung für die Beratung, Unterstützung und finanzielle Förderung der Verbände und ist innerhalb des Ministeriums für die Koordination all derjenigen Fragestellungen zuständig, die sich im Rahmen der bei uns ressortierenden Fachbereiche ergeben.

Meine Damen und Herren, ich werte es als einen großen Erfolg - ich danke allen, die dazu beigetragen haben -, daß es gelingen konnte, in schwierigen finanzpolitischen Zeiten die Haushaltsansätze im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienpolitik im wesentlichen zu überrollen, worauf Herr Kollege Flessenkemper ebenfalls bereits hingewiesen hat. An der einen oder anderen Stelle sind sogar gewisse Steigerungen möglich geworden. Sie dienen dazu, die Stabilität in den Förderbereichen zu erhalten, und setzen ein klares Zeichen dafür, daß die Landesregierung mit ihrer erfolgreichen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik fortfahren will im Interesse unseres Landes und insbesondere der jüngeren Menschen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für den Bereich Kinder, Jugend und Familie liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. - Wir kommen nun zum Bereich

c) Migration

Ich erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Wittke das Wort.

Oliver Wittke (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wie in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik, der Sozial- und

der Familienpolitik, so klaffen auch in der Migrations- und Integrationspolitik Anspruch und Wirklichkeit dieses rot-grünen Regierungsbündnisses gegen Nordrhein-Westfalen weit auseinander.

(Beifall des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Während im Wahlprogramm der GRÜNEN noch das Blaue vom Himmel versprochen wurde, in der Koalitionsvereinbarung tatsächlich gute Ansätze zu finden waren, gab es schon in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten nur noch die üblichen Rauschen Luftblasen. Im Haushaltsentwurf wurden dann ausschließlich Beruhigungspillen für GRÜNE mit der Bitte um Weitergabe an Grüppchen und Clübschen vor Ort verteilt. Die Änderungsanträge der Fraktionen waren die Spitze des ganzen, indem dort lediglich 595 000 DM oder umgerechnet 0,25 % des Änderungsvolumens für den Bereich der Integrationspolitik und der Migrationspolitik lockergemacht wurden. Das beweist, daß in dieser wichtigen Frage der Migrations- und Integrationspolitik mehr Schein als Sein bei diesem rot-grünen Regierungsbündnis da ist.

(Reinhold Trinius [SPD]: Wie sind denn Ihre Vorschläge?)

- Dazu komme ich gleich, die haben wir auch im Ausschuß gemacht, ganz klar. - Ein weiteres Indiz dafür ist der Brief des Kollegen Appel, den er gemeinsam mit drei weiteren Kolleginnen, die ja von den Fundis zu den Pfrundis mutiert sind, an die Delegierten der GRÜNEN-Landestagung am kommenden Wochenende geschrieben hat. In diesem Brief, der mir hier auch vorliegt, wird eine lange Liste von vermeintlichen Erfolgen grüner Landespolitik in Nordrhein-Westfalen aufgeführt.

Es erstaunt schon, daß im Bereich der Ausländerpolitik, der Migrations- und Integrationspolitik kein einziger Punkt in dieser Liste zu finden ist. Ich denke, das kommt nicht von ungefähr, sondern zeigt, welchen Stellenwert die Migrationspolitik tatsächlich bei dieser Landtagsmehrheit von Roten und Grünen hier in Nordrhein-Westfalen besitzt.

Wie sieht die Lage der Migranten im Land aus? Wo ist die Politik gefordert? 22 % Arbeitslosenquote bei Ausländern in Nordrhein-Westfalen bedeuten, daß die Arbeitslosigkeit bei Ausländerinnen und Ausländern in unserem Land doppelt so hoch ist wie bei Deutschen. 14,2 % der Schüler und Schülerinnen in Nordrhein-Westfalen, die ausländische Pässe besitzen, verlassen die Schule

(C)

(D)

(Wittke [CDU])

- (A) ohne Schulabschluß. Damit ist die Quote dreimal so hoch wie bei Deutschen. Mehr als 50 % der Ausländerkinder in Nordrhein-Westfalen haben keinen Kindergartenplatz. 65 % der männlichen Sozialhilfeempfänger zwischen 18 und 24 Jahren sind Ausländer. In der Gruppe der 25- bis 50jährigen sind es 50 %. Tausende von Ausländerinnen und Ausländern in unserem Land haben enorme Defizite bei den Deutschkenntnissen.

Wie reagiert die rot-grüne Landtagsmehrheit in diesem Land? Sie bläht mit ihren Vorschlägen im Bereich der Migrationspolitik Verwaltung auf. Sie schafft neue Stellen in Ministerien und neuen Einrichtungen. Sie sorgt für neue Wasserköpfe.

Ich will Ihnen das an einigen Zahlen deutlich machen. Da wird ein neues Migrationsreferat beim MAGS eingerichtet: vier zusätzliche Stellen. Wir sind für dieses Migrationsreferat, aber fragen uns, wo denn bisher, Herr Horstmann, in Ihrem Hause Migrationspolitik stattgefunden hat. Dafür muß es doch auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegeben haben.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Wittke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Trinius?

(B)

Oliver Wittke (CDU): Aber gern.

Reinhold Trinius (SPD): Herr Kollege, wie erklären Sie sich die Entscheidung der Bundesregierung, die Mittel für Sprachkurse für Aussiedler von 15 Monaten auf 6 Monate zu kürzen?

(Beifall bei der SPD)

Oliver Wittke (CDU): Herr Kollege Trinius, wenn ich die Tagesordnung richtig gelesen habe, sprechen wir heute über den Landeshaushalt.

(Lachen bei der SPD - Zuruf des Klaus Matthiesen [SPD])

Das zieht sich ja wie ein roter Faden durch die heutige Debatte: Ihnen ist es peinlich, über nordrhein-westfälische Landespolitik zu sprechen. Ihnen ist es peinlich, sich an Ihren Taten, nämlich an dieser Untat Haushalt 1996, messen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Das müssen Sie hier ertragen. Vielleicht geben Sie diese Frage dann Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion mit. Die können dann an entsprechender Stelle diese Frage stellen und auch beantworten lassen.

(Zuruf des Reinhold Trinius [SPD])

Vier zusätzliche Stellen im Migrationsreferat - da stelle ich mir die Frage: Welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben bisher

(Wiederholter Zuruf von der SPD: Schlaumeier!)

- kann den nicht einer abstellen? -

(Erneut Zuruf von der SPD: Schlaumeier!)

Ausländerpolitik in Ihrem Hause gemacht, Herr Horstmann? Konnten die nicht diese Aufgabe auch künftig wahrnehmen? Warum müssen vier neue Stellen geschaffen werden?

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Weil sie nötig sind!)

Die nächste Frage, die sich stellt, bezieht sich auf die vier Stellen in dem neuen Landeszentrum für Zuwanderung, was immer das sein mag. Es gibt da einen Entschließungsantrag, der auch mehr heiße Luft produziert als tatsächliche Fakten.

(Zuruf des Ministers Dr. Axel Horstmann)

- Das freut mich. Das haben Sie ja im Ausschuß nicht getan; da haben Sie die Chance nicht genutzt, das zu erklären. Ich frage mich: Was sollen diese vier Stellen für konkrete Politik vor Ort bringen? Mit diesen vier Stellen

(Unruhe - Glocke)

im Landeszentrum für Zuwanderung ist es ja noch nicht getan. Es kommen sechs weitere Stellen im kommenden Jahr dazu und noch einmal drei weitere Stellen 1998. Hinzu kommt eine Verdoppelung der Kosten für Sachverständige und Gutachten auf rund 800 000 DM. Meine Damen und Herren, durch diese Maßnahmen ---

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich bitte darum, dem Redner zuzuhören

(Lachen bei der SPD)

und, wenn Sie Gespräche führen, den Raum zu verlassen und das draußen fortzusetzen. Danke schön.

(C)

(D)

(A) **Oliver Wittke (CDU):** Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, durch diese Maßnahmen wird in Nordrhein-Westfalen kein neuer Arbeitsplatz für einen arbeitslosen Ausländer geschaffen. Durch diese Maßnahmen wird kein zusätzlicher Kindergartenplatz für Ausländer bereitgestellt. Durch diese Maßnahmen wird keinem einzigen Ausländer zusätzlich zu einem Schulabschluß oder Ausbildungsplatz verholfen. Durch diese Maßnahmen wird die Sprachbarriere keinen Deut weiter abgebaut.

Durch diese Ausgaben in Millionenhöhe betreiben Sie Mangelverwaltung und nicht Integrationsgestaltung, wie wir Migrations- und Integrationspolitik hier in Nordrhein-Westfalen verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Dadurch schaffen Sie einige wenige Beschäftigungsmöglichkeiten für Sozialpädagogen - wobei ich damit nichts gegen diesen ehrenwerten Berufsstand gesagt haben will, um das gleich an dieser Stelle anzumerken -, tun aber nichts für die Verbesserung der Lebenssituation der Ausländer vor Ort.

Meine Damen und Herren, es gibt auch einige wenige positive Punkte im Bereich der Migrationspolitik in diesem Landeshaushalt. Ich will ausdrücklich die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte nennen. Wir als CDU-Landtagsfraktion tragen diese neue Institution ausdrücklich mit, weil wir der Auffassung sind, daß die Ausländerbeiräte in Nordrhein-Westfalen ein gemeinsames Sprachrohr haben müssen.

(B) Wir warnen aber schon heute davor, aus diesem Sprachrohr ein Gängelband zu machen und dazu beizutragen, daß sich nur gewisse Ausländerbeiräte dieses Instrumentes "Landesarbeitsgemeinschaft" bedienen. Wir werden peinlich genau darauf achten, daß diese Landesarbeitsgemeinschaft das Sprachrohr aller Ausländerbeiträge in Nordrhein-Westfalen ist.

Wie weit mittlerweile auch die GRÜNE-Landtagsfraktion der bisher allein regierenden roten Arroganz der Macht verfallen ist, zeigt sich insbesondere in der Beratung dieses Teilbereiches durch den Fachausschuß. Die CDU-Fraktion hatte dort einen Antrag eingebracht, der vorsah, Mittel für eine vorschulische Spracherziehung bereitzustellen. Gerade junge Ausländerinnen und Ausländer hier in Nordrhein-Westfalen haben unter großen Sprachdefiziten zu leiden; eben habe ich den Anteil von ausländischen Kindern, die keinen Kindergartenplatz haben, mit über 50 % beziffert. Um

(C) so wichtiger ist es, diesen Kindern noch vor Eintritt in die Schule deutsche Sprachkenntnisse zu vermitteln. Denn das ist der erste Schritt zu einer gelungenen Integration.

Der Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat den Handlungsbedarf in diesem Bereich ausdrücklich bestätigt; er hat im Migrationsausschuß ausdrücklich diesen Vorschlag der CDU-Fraktion begrüßt. Und auch die Fraktionen von SPD und GRÜNEN sahen in diesem Bereich Handlungsbedarf.

Nur frage ich mich: Warum haben Sie dann - offenbar gegen besseres Wissen, Herr Kollege Hamrad und Frau Kollegin Bainski - gegen diesen Antrag gestimmt? - Ich hätte nicht gedacht, daß sich GRÜNE in diesem Lande so schnell und so fest in das Koalitionsgeschirr einschnüren lassen.

Ich fasse zusammen. Es sind in diesem Landeshaushalt nur wenige Mittel für die Integration der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer bereitgestellt worden. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage ist das unter Umständen noch verständlich. Darum hat die CDU-Landtagsfraktion auch keine weiteren Forderungen in diesem Bereich gestellt.

(Reinhold Trinius [SPD]: Aha!)

(D) Aber ebenso verständlich, Herr Trinius, ist für uns, daß die wenigen bereitstehenden Mittel dann auch so effektiv eingesetzt werden, daß sie den "höchst größten" Nutzen bringen. Und diesen "höchst größten" Nutzen kann man nur vor Ort messen; man kann ihn nicht in Beamtenzahlen messen; man kann ihn nicht in Mitarbeiterzahlen messen, sondern man kann ihn daran messen, was man tatsächlich für die reale Lebenssituation von Ausländerinnen und Ausländern vor Ort getan hat. Wenn wir uns anschauen, wie groß der Output der bereitgestellten Mittel ist, sagen wir: Das ist uns zuwenig. Die wenigen Mittel, die bereitgestellt worden sind, setzen falsche Akzente, blähen die Verwaltung auf und bieten keine neuen konkreten Hilfen vor Ort.

Deshalb lehnen wir diesen Einzelplan auch aufgrund des Migrationsteils ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Dedanwala das Wort.

(A) **Vera Dedanwala (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wittke, laut waren Sie ja, aber recht hatten Sie trotzdem nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten und damit auch der Haushalt des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten befaßt sich mit den Fragen der sozialen, der kulturellen und der politischen Integration aller Zuwanderergruppen in Nordrhein-Westfalen, die legal für längere Zeit hier leben. Für diesen Personenkreis gibt es schon seit Jahrzehnten Haushaltsstellen im Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen in den unterschiedlichsten Fachbereichen. Und diese Haushaltsstellen im Bereich Kindergärten, Schulen usw. werden natürlich alle weiterlaufen und erfüllen damit die Forderungen, die Herr Wittke dem bislang noch nicht zuordnen konnte.

Der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten erfüllt in Nordrhein-Westfalen eine Pilotaufgabe, die in der Bundesrepublik Deutschland in keinem anderen Bundesland erkennbar und auf Bundesebene schon gar nicht erkennbar ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(B) Die Fragestellungen, die wir in diesem Bereich vorgegeben haben, werden bisher nirgendwo bearbeitet. Wir sind stolz darauf, daß wir mit dem Beginn dieser Koalition ---

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Dedanwala, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wittke?

Vera Dedanwala (SPD): Nein; Herr Kollege Wittke hört den Beratungen im Ausschuß eigentlich nie zu. Deshalb möchte ich ihm hier auch keine Zwischenfrage gestatten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Da heißt es zu der Aufgabenstellung des Migrationsausschusses in einem Arbeitspapier des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken:

"Noch gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine reflexhafte Weigerung, Deutschland als ein Einwanderungsland, wenn auch ein untypisches, anzusehen. Das hat zur Folge, daß es an transparenten und plausiblen politischen Steuerungsmechanismen und Institutionen fehlt. Das ist ein enormes Hindernis bei

einer sachgerechten Gestaltung der Wanderungs- und Integrationspolitik. Mit anderen Worten: Es wird auf der Bundesebene dringend ein ressort- und länderübergreifendes politisches Planungs- und Entscheidungsgremium gebraucht, das sich den Fragen der Wanderung und der Integration stellt." (C)

Meine Damen und Herren, die Bonner Koalition ist von diesen Überlegungen weit entfernt. Aber wir in Nordrhein-Westfalen haben mit dieser Aufgabe begonnen. Schon nach einem knappen Jahr sehr intensiver Arbeit in diesem Bereich sind wir in der Lage, Ergebnisse vorzulegen, die sich nach unserer Ansicht sehen lassen können. Das tun wir in dieser Haushaltsberatung. Es sind deutliche Schwerpunkte, die wir setzen wollen. Es sind Schwerpunkte, die die Fortführung bisheriger guter Integrationspolitik sicherstellen, aber auch neue Akzente rot-grüner Zusammenarbeit setzen. Ich will Ihnen die einzelnen Maßnahmen nennen:

Die im Haushalt vorhandenen 1 Million DM für Initiativen zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit werden wir gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um 200 000 DM aufstocken. Nutznießer dieser Haushaltsstelle sind insbesondere engagierte Gruppen und Jugendeinrichtungen, die sich mit Maßnahmen in diesem Bereich, ja, auch eine Ausdrucksfähigkeit ihrer Haltung den Fremden gegenüber verschaffen wollen. (D)

Weiterhin werden wir die Mittel "Maßnahmen zur Stützung der Integration" um 650 000 DM erhöhen; im Haushalt stehen dafür etwa 34 Millionen DM. Mit dieser Erhöhung möchten wir insbesondere Selbstorganisationen stärken. Auch dies ist ein gemeinsames rot-grünes Anliegen in diesem Haushalt.

Ferner werden wir zusätzliche 345 000 DM für den weiteren Aufbau von Regionalen Arbeitsstellen für ausländische Kinder und Jugendliche beschließen. Die erfolgreiche Arbeit vieler dieser Arbeitsstellen im gesamten Land verdient damit Anerkennung, und wir wollen sie ausweiten.

Herr Wittke, in der Ausschußberatung haben wir gerade dabei auch eine inhaltliche Diskussion geführt. Wir haben auch Ihren Antrag zur Kenntnis genommen, der Mittel für die vorschulische Spracherziehung einsetzen wollte. Wir haben Ihnen zugesagt, daß wir im Laufe der Beratungen dieses Jahres die Konzeption dieser vorschulischen Spracherziehung überdenken und im nächsten Haushalt möglicherweise gemeinsam mit

(Dedanwala [SPD])

(A) Ihnen diese Mittel durchaus aufstocken wollen, wenn wir dafür mit den Betroffenen eine Konzeption erarbeitet haben. Ich denke, wir haben Ihnen erläutert, daß wir das ohne eine erarbeitete Konzeption nicht tun wollen und können, denn die Mittel sind begrenzt.

Wir wollen in der Migrationspolitik aber auch ganz neue Wege gehen und dabei ein rot-grünes Glanzlicht setzen, das bundesweit Pionierarbeit leisten kann. Wir wollen ein Landeszentrum für Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen gründen und schreiben damit die Koalitionsvereinbarung fort. Dieses Landeszentrum soll mit drei Säulen arbeiten:

Erstens: Die vielfältige Forschung, die an nordrhein-westfälischen und bundesdeutschen Hochschulen zur Migrationspolitik existiert, soll für den Transfer in Praxis und Politik gebündelt und aufbereitet werden. Das ist eine Aufgabenstellung, die hohes Interesse auch bei den Wissenschaftlern hervorruft. Ihre Mitarbeit ist dabei zugesichert. In welcher Form - vielleicht über einen Beirat - sie stattfinden soll, wird mit ihnen beraten werden. Die Verknüpfung der zahlreichen forschenden Stellen untereinander wird der inhaltlichen Arbeit im gesamten Migrationsbereich einen deutlichen Schub geben.

(B) Zweitens: Die vielen auch in den Verbänden und Vereinen in praktischer Arbeit gewonnenen Erkenntnisse und Projektresultate sollen durch Transfer in Wissenschaft und Forschung ausgewertet und optimiert werden. Hier gibt es ein Geben und Nehmen der forschenden Stellen und der Praxis miteinander und gegeneinander, und das ist eine Angelegenheit in diesem Bereich, die wir bisher überhaupt noch nicht hatten und von der wir uns sehr gute Ergebnisse versprechen.

Drittens: Es sollen Diskriminierungstatbestände festgestellt und dokumentiert werden. Daraus sollen konkrete politische Handlungsvorschläge für Land, Kommunen und politische Verbände erarbeitet werden.

Alle drei Säulen tragen zur Verbesserung der Alltagssituation der hier lebenden zugewanderten Bevölkerung bei und fördern ihre tatsächliche Gleichstellung. Sie helfen aber auch dabei, in der einheimischen Bevölkerung Ängste vor Zuwanderung und fremdenfeindliche Abwehrhaltungen abzubauen.

Mit dem Standort des Landeszentrums wollen wir ebenfalls ein Zeichen setzen. Dieses Landeszentrum für Zuwanderung soll nach Solingen, damit

die Stadt, die die dunkelste Stunde von Anschlüssen gegen Mitbürger in Nordrhein-Westfalen erleben und erleiden mußte, jetzt nach vorne schauend daran mitwirkt, daß Menschen anderer Herkunft, Kultur, Religion und Sprache vor Diskriminierung und Diffamierung geschützt werden. Dafür soll Solingen in Zukunft stehen.

Wir bitten um Ihre Zustimmung zu den Haushaltsiteln im Bereich Migrationspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dr. Hammad das Wort.

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine Sache, das Bestehende als defizitär zu beschreiben, und eine andere Sache, jede perspektivische Veränderung als schwarz, als mangelhaft zu beschreiben, ohne die Fähigkeit zu besitzen, dafür irgendwelche Alternativen anzubieten.

Herr Wittke, das, was Sie an Beschimpfungen aufgeführt haben, hört sich nicht nur unseriös, sondern wie pure Demagogie an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denken Sie daran, daß die Migrantinnen, deren Arbeitslosigkeit Sie beschimpfen, durch Beschlüsse Ihrer Bundespartei-Zentrale von jeder Wahlbeteiligung, von jeder Mitentscheidung - selbst von der Bestimmung der Höhe der Müllgebühren - ausgeschlossen. Jede Wahlrechtsmöglichkeit auf kommunaler Ebene wird durch Ihre Partei in Bonn blockiert.

Auch wenn es um die unbefriedigende Berufsbildungssituation der jugendlichen Migranten geht, die Sie auch beweinen, so sperren Sie trotzdem jede Eingliederungsmöglichkeit dieser Jugendlichen in die Gesellschaft durch Verweigerung der doppelten Staatsbürgerschaft. Bedenken Sie bei der Arbeitslosigkeit, daß Ihr Landesvorsitzender, Herr Blüm, der Urvater des Bundesarbeitsförderungsgesetzes ist. Dieses Gesetz ermöglicht Migrantinnen die Aufnahme einer Arbeitsstelle erst dann, wenn sie nicht von einem deutschen oder EU-Bürger aufgenommen werden kann. Was Sie erzählen, ist unglaubwürdig.

(C)

(D)

(Dr. Hammad [GRÜNE])

- (A) Auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarungen sind die interkulturelle Integration, die Selbstorganisation, die gleichberechtigte Teilhabe und die Bekämpfung von Diskriminierungen die Grundsätze der rot-grünen Migrationspolitik.

Der Haushalt ist der Ort, an dem sich diese politischen Ziele auf dem Wege zur Verwirklichung wiederfinden müssen. Der Haushalt ist der Ort, an dem sich der Wille zur Veränderung verkörpert oder aber sich das Ganze als Worthülse oder bestenfalls als Absichtserklärung entlarvt.

Der Haushalt kann ein möglicher Wegweiser sein, um neue Wege zu gehen und um mit alten Gewohnheiten zu brechen, und das tun wir auch mit der neuen Migrationspolitik in diesem Lande. Es geht darum, die bisherige Migrationspolitik jenseits der Sozialarbeit - ohne diese unterschätzen zu wollen - zu öffnen, Innovationen zu fördern und Bewährtes weiterzuentwickeln.

Zur Verdeutlichung ein Beispiel: Die bisherigen Konzepte der Altenhilfe müssen überdacht werden. Die Einrichtungen müssen sich für Migrantinnen und Migranten öffnen. Wir stehen gegenüber den altgewordenen Migrantinnen in der Pflicht. Diese Menschen kamen vor 30 oder 40 Jahren in diese Republik und haben dazu beigetragen, das Wirtschaftswunder aufzubauen. Sie sind heute alt und verbringen ihren Lebensabend in der Bundesrepublik. Die neue Migrationspolitik bietet die Chance zu dieser Maßnahme.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Haushalt werden die Bedeutung und Gewichtung eines Politikfeldes betont und unterstrichen. Dies gilt auch für die Selbstorganisation von Migrantinnen. Im Koalitionsvertrag heißt es, insgesamt solle die Selbstorganisation von Migrantinnen gestärkt werden. Das ist keine Worthülse. Entsprechende Mittel sind im Haushalt vorgesehen; eine Präzisierung kommt noch.

Bei einem Teil dieser Selbstorganisationen handelt es sich zugegebenermaßen um nationalitätenorientierte oder auch unerfahrene Träger. Aber wer soll eine glaubwürdige Migrationspolitik vor Ort durchsetzen, wenn nicht diese Zusammenschlüsse, Initiativen und Verbände? Wer soll als Bündnispartner, als Brücke der Verständigung funktionieren, wenn nicht sie? - Sie, Herr Wittke, haben deren Förderung abgelehnt.

Die Förderung dieser Verbände mit entsprechenden Haushaltsmitteln und mit Know-how vermittelt nicht nur die richtige Botschaft, sondern schafft auch Vertrauen. Und Sie wissen, liebe

Kolleginnen und Kollegen: Vertrauen ist die Basis für erfolgreiche Veränderungen; das gilt auch bei den Selbstorganisationen und damit bei den Migrantinnen selbst. (C)

Wir dürfen das Zusammenleben mit Migrantinnen nicht nur als sozialarbeiterische Sondermaßnahme betrachten; denn zur Reform der Migrationspolitik gehört es, Projekte jenseits der gutgemeinten, aber nicht unbedingt zeitgemäßen Sozialbetreuung zu fördern. Der Sichtwechsel in der Migrationspolitik verlangt auch, sich langfristig von vielen der Sonderdienste für Migrantinnen zu verabschieden. Es muß einen Weg geben, der zusammenfügt und nicht spaltet.

Es sind daher Projekte und Initiativen zu fördern, die die Öffnung der Einrichtungen der Regelversorgung für Migrantinnen zum Ziel haben. Hier gibt es viel Nachholbedarf, aber wir haben einen Anfang geschafft: in Kindergärten, bei der Gesundheitsversorgung, bei den kommunalen sozialen Diensten, bei der Frauenförderung und in der Altenhilfe, um nur einige Beispiele zu nennen. Hier sind Migrantinnen viel zu wenig vertreten; als Akteure sind sie die Ausnahme, als Klientel oder Kunden werden sie nicht ausreichend berücksichtigt.

Kaum ein Bereich bietet so viele Chancen, Menschen einander näherzubringen, wie Kultur. Die Migrationskultur in Nordrhein-Westfalen muß aus den Nischen in die vorhandenen kulturellen Einrichtungen geholt werden. Dies geht nur, wenn die vorhandenen Ansätze nicht ständig um ihre nackte Existenz kämpfen müssen. Entsprechende Haushaltsmittel für einen Einstieg in diese Richtung sind erforderlich. Dies würde den interkulturellen Geist mit Leben erfüllen. (D)

Die Landesregierung betrachtet die Feststellung von Diskriminierungstatbeständen und ihre Dokumentation als ständigen Auftrag - Koalitionsvertrag Seite 114. Fast jeder Migrant hat Erfahrungen mit Diskriminierungen gemacht. Darunter ist nicht nur das persönliche Verhalten einzelner gegenüber anderen zu verstehen, Diskriminierung bedeutet vielmehr auch die Verweigerung der Einstellung in einen Betrieb, die Verweigerung, Verträge, beispielsweise Versicherungsverträge, abzuschließen, mehr Miete für einen Wohnraum zu verlangen, weil die Familie aus der Türkei kommt, die Verweigerung des Zutritts zu einer Gaststätte oder Diskothek, die mangelnde Berücksichtigung bei Einstellungen insbesondere im öffentlichen Dienst. Die Liste läßt sich fortsetzen.

(Dr. Hammad [GRÜNE])

- (A) Die Betroffenen sehen sich dieser Situation nur allzu oft allein und hilflos ausgesetzt - dies nicht ohne Grund: Noch immer fehlt es in unserer Republik an gesetzlichen Diskriminierungsverboten und an weiteren Hilfestellungen. Bei den Betroffenen, besonders bei Jugendlichen, entsteht oft das Gefühl von Wut und Haß auf eine Gesellschaft, die sie ausschließt, obwohl sie sich mit dieser Gesellschaft identifizieren und an ihr teilnehmen wollen. Aufgabe der Politik ist es, diesen Menschen Unterstützung anzubieten, das Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln und ihre Einbindung in das demokratische Gemeinwesen zu verstärken, anstatt sich mit Diskriminierungen als Schicksal abzufinden.

(Unruhe - Glocke)

Eine Politik, die Diskriminierung bekämpft, ist nicht nur den Betroffenen, sondern der gesamten Gesellschaft dienlich. Sie ist eine Art "Gütezeichen" für eine demokratische Kultur. In einer Welt der globalisierten Märkte sind interkulturelle Kommunikation und die Nutzung der "human resources" für alle überlebenswichtig. Ausgrenzung und Diskriminierung dagegen sind eine Verschwendung. Um Gleichberechtigung zu ermöglichen, muß Antidiskriminierung vor Ort initiiert und gefördert werden. Wir werden das haushaltsmäßig auch verwirklichen. Als erster Schritt sind entsprechende Haushaltsmittel zur konzeptionellen Entwicklung eines funktionierenden Antidiskriminierungsbüros notwendig.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist ein guter, wenn auch ein bescheidener Einstieg in Richtung einer gleichstellungsorientierten Migrationspolitik. Das läßt sich mit der CDU überhaupt nicht machen; dafür brauchen wir die rot-grüne Koalition. An dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen, dem Koalitionspartner im Migrationsbereich Lob für die geleistete Kooperationsbereitschaft auszusprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Wenn es um den Haushalt geht, ist - das gebe ich zu - Geld nicht alles. Auf der anderen Seite wissen Sie auch: Ohne Geld geht vieles nicht. Gemessen an dem Haushaltsvolumen von ca. 87 Milliarden DM sind für Integrationsmaßnahmen gerade 0,025 % eingeplant worden. Diese Mittel zur Integration von 10 % der Bevölkerung reichen bei weitem noch nicht aus. In Zukunft gilt es, diese Mittel weiter anzuheben.

Eine aktive Minderheitenpolitik erfordert Mut und Flexibilität - Mut zu haben, neue Wege der Integration zu gehen, und Flexibilität in der Diskussion sowie Realisierung neuer Konzepte und nicht an festgefahrenen Strukturen aus dem Beginn dieses Jahrhunderts festzuhalten.

(C)

Es darf nicht zu einem Stillstand in der Migrationspolitik kommen, der dazu führt, daß vielleicht einzelne vorhandene Haushaltstitel angehoben werden, sich aber die Praxis, die Inhalte und die Kooperationspartner nicht verändern. Migration als positive Herausforderung anzusehen, erfordert Mut und eine Veränderung von Haltungen bei jedem von uns. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Hammad. - Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herrn Kollegen Horstmann, das Wort. Bitte schön.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den sozialen und ökonomischen Entwicklungen, die das Bild unseres Landes nachhaltig geprägt haben, gehörte in den letzten Jahren und Jahrzehnten ganz zweifellos die Zuwanderung von Menschen, die einen neuen Lebensmittelpunkt in Nordrhein-Westfalen gesucht haben. Derzeit leben 2 Millionen Kinder, Frauen und Männer mit ausländischem Paß in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen eine halbe Million Spätaussiedler, die allein seit 1989 eingewandert sind. Es werden jährlich 45 000 mehr.

(D)

Meine Damen und Herren, die Frage der Zuwanderung ist nicht allein, wie es oft wahrgenommen und diskutiert wird, eine Frage der Quantität der Zuwanderung und der ihr gegenüberzustellenden Aufnahmekapazität. Vor allen Dingen, auch aus Sicht der Landesregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die Zuwanderung eine Frage der Qualität des Zusammenlebens von Menschen, und da bin ich froh, sagen zu dürfen, daß anders, als manche dumpfe Stammtischparole zu erkennen gibt, die Voraussetzungen für diese Integrationsarbeit besser sind.

Für die übergroße Zahl der Menschen gilt, daß sie für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Deutschen und Ausländern, von Zugewanderten und Einheimischen eintreten. Das hat es möglich gemacht, in Nordrhein-Westfalen

(Minister Dr. Horstmann)

- (A) in der Vergangenheit eine Infrastruktur der Integrationsbemühungen und der Integrationspolitik entstehen zu lassen, die sich bewährt hat und die sich im Vergleich mit anderen Ländern sehen lassen kann. Wir wollen diese Struktur erhalten, zukunftsorientiert ausbauen, auch ausbauen im Bereich der politischen Partizipation der Ausländerinnen und Ausländer, die seit langem unter uns leben. Wir wollen Ansätze der Selbsthilfe und der Selbstorganisation entwickeln und unterstützen, weil wir in ihnen Beiträge sehen, auch Beiträge, um multiethnischen Konflikten in unseren Städten zu begegnen.

Angesichts dieser Ausgangssituation hat die Landesregierung in ihrem Haushaltsentwurf mit einem Bündel unterschiedlicher neuer und verstärkter Maßnahmen adäquat reagiert. Durch die im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgten Ergänzungen ist die Grundrichtung unseres Kurses bestätigt und bestärkt worden. Ich begrüße diese Veränderungen und Weiterentwicklungen.

Es geht um zwei Leitsätze, die den Haushaltsentwurf an dieser Stelle prägen: Wir sichern die Kontinuität der erfolgreichen Integrationspolitik des Landes, und wir nehmen neue Ansätze auf, die auf gewandelte Herausforderungen reagieren. Kontinuität sichern wir mit dem klassischen Integrationsinstrumentarium des Landes ---

(B)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Minister, ich darf Sie einen Augenblick unterbrechen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Gespräche nach außen zu verlegen und ansonsten dem Herrn Minister, der nun wirklich an der Reihe ist, zuzuhören. - Bitte sehr, Herr Minister.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herzlichen Dank, Herr Präsident! Wir sichern diese Kontinuität mit der Sozialberatung, mit den Ausländerzentren, der beruflichen Eingliederung, den Maßnahmen zur Stützung der Integration, den Integrationshilfen durch Information und mit den Regionalen Arbeitsstellen, die wir bereits seit vielen Jahren erfolgreich fördern.

Wir können froh sein, in diesem Bereich eine Erhöhung um über 4 Millionen DM zu erhalten, die es uns ermöglicht, drei neue Regionale Arbeitsstellen einzurichten und die Sozialberatung zu stärken, Maßnahmen zur Stützung der Integration

besser auszustatten und soziale und sprachliche Orientierungshilfen für ausländische Flüchtlinge zu erweitern. (C)

Das Kernstück der Veränderung im Haushaltsentwurf ist das Landeszentrum für Zuwanderung. Auf Initiative der beiden Koalitionsparteien ist dafür im Etatentwurf die finanzielle Basis in Gestalt einer eigenen Titelgruppe einschließlich der stellenplanmäßigen Grundlagen geschaffen worden.

Zuwanderung und Integration stellen Nordrhein-Westfalen wie die Bundesrepublik überhaupt vor Herausforderungen, die für eine moderne und zukunftsfähige Demokratie von zentraler Bedeutung sind. Auf lange Sicht, meine Damen und Herren, werden Aussiedler und Ausländer im Rahmen des Familiennachzugs, aufgrund der Freizügigkeit innerhalb der Union oder aber als Flüchtlinge für unterschiedlich lange Zeiträume ihren Lebensmittelpunkt hier bei uns haben. Das wird alle Politik Ebenen, von der Gemeinde bis hin zur Europäischen Union, vor immer neue Schwierigkeiten und Herausforderungen stellen.

In Nordrhein-Westfalen haben wir darauf in den vergangenen Jahren schon in vielfältiger Weise reagiert. Ich glaube, daß es nunmehr darum geht, die Erkenntnisse und die Projekterfahrungen, die nicht nur staatliche, sondern auch andere Stellen in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren gesammelt haben, allen zugänglich zu machen, die hier eine Aufgabe haben und Verantwortung wahrnehmen, und eine kontinuierliche fachliche Beratung der an dieser Stelle verantwortlich Handelnden sicherzustellen. (D)

Dies ist der Sinn des Landeszentrums für Zuwanderung, das ausdrücklich nicht als Einrichtung selbständiger Grundlagenforschung gedacht ist. Wir wollen eine Transfer- und Verbundstelle für wissenschaftliche und praktische Fragen von Zuwanderung und Integration sein, eine Hilfe, Dienstleistungseinrichtung für diejenigen, die auf diesem Gebiet praktisch handeln müssen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der vom Landtag neu eingerichtete Ausschuß für Migrationsangelegenheiten, meine Damen und Herren, hat hier ganze Arbeit geleistet, für die ich mich ausdrücklich bedanken möchte. Wie hier eine neue Struktur geschaffen worden ist, wie, Herr Kollege Wittke, dafür auch eine solide und finanzpolitisch angemessene Lösung durch Stellenumschichtung geschaffen worden ist, das finde ich schon vorbildlich in einer Zeit, in der man

(Minister Dr. Horstmann)

- (A) in einem engen Gesamtrahmen Veränderungen vornehmen und sich auf neue Herausforderungen einstellen muß.

Dies ist eine Leistung des Ausschusses für Migrationspolitik, Herr Kollege Wittke, von der ich meine, daß sie Ihnen Anlaß sein sollte, Ihre Position zu überdenken, die Sie am Anfang gegenüber Bedeutung, Funktion und Existenzberechtigung dieses Ausschusses eingenommen haben.

Neuerungen und spürbare Veränderungen gibt es auch in den anderen Förderbereichen, so bei den Zuschüssen der sozialen und beruflichen Integration von Spätaussiedlern, die um so wichtiger sind, als der Bund die ihm zweifellos zukommende Finanzverantwortung in den vergangenen Jahren immer stärker abgelegt hat.

Meine Damen und Herren, es kann hier nicht unerwähnt bleiben: zu Beginn des Jahres 1993 Kürzung der Eingliederungsleistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, dann die nochmalige Verringerung der Bezugsdauer der Eingliederungshilfe von bisher 15 Monaten auf jetzt nur noch 6 Monate, dann Beschränkung der Sprachkursförderung auf maximal 6 Monate seit Beginn des Jahres 1994. Wir sehen die Konsequenzen dieser Einschnitte.

- (B) Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Es gibt sicher viele Gründe für die Langzeitarbeitslosigkeit auch unter Spätaussiedlern. Mangelnde Integrationshilfen gehören aber dazu.

Ich will auch insoweit nicht mißverstanden werden, als ich generell Unverständnis für die Notwendigkeit von Einsparungen zeigen wollte, die auch den Bereich der Sozialpolitik und der Integrationspolitik betreffen. Aber es gibt kein Beispiel dafür, meine Damen und Herren, daß in einem sozialpolitischen Aktionsprogramm eine verantwortliche Regierung in dieser Form, die ich maßlos nennen möchte, die allein in dem quantitativen Sprung an keiner anderen Stelle erreicht wird, zugeschlagen hat und so in das vorhandene Leistungsgefüge eingeschnitten hat. Dann darf man sich nicht wundern, wenn die Öffentlichkeit wahrnimmt, daß es zwischen dem Ausmaß der Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern nach Deutschland und nach Nordrhein-Westfalen und den praktischen Möglichkeiten der Integrationshilfe und -politik offenbar eine klaffende Lücke gibt, die immer mehr wahrgenommen wird. Ich sage Ihnen: Beides paßt nicht zusammen. Wer an dem einen Interesse hat, der darf die Voraussetzung an der anderen Stelle nicht

abschaffen oder in einer Weise einschränken, daß sie de facto nicht mehr gegeben ist. (C)

Ich begrüße das, was auch von der Opposition zur Notwendigkeit einer politischen Organisation der kommunalen Ausländerbeiräte gesagt worden ist, von denen wir inzwischen 140 in Nordrhein-Westfalen haben. Ich habe zu einer Auftaktveranstaltung und Auftaktsitzung der kommunalen Ausländerbeiräte in Nordrhein-Westfalen eingeladen, die bereits in wenigen Wochen stattfinden wird.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir ein letztes Wort zu einem wichtigen Bereich klassischer Integrationspolitik, die in Nordrhein-Westfalen geleistet wird. Für diese Kontinuität von politischer und sozialer Bemühung um die Eingliederung von Menschen, die zu uns kommen, um hier ihren Lebensmittelpunkt zu finden, verdient vor allen Dingen die Landesstelle Unna-Massen, die seit 50 Jahren praktische Arbeit leistet, Erwähnung.

Sie ist längst nicht mehr die klassische Unterbringungseinrichtung. Sie ist heute eine moderne Leistungsbehörde, die jährlich 50 000 Menschen durchlaufen. Sie ist dabei, ihre Angebote und Leistungen weiterzuentwickeln, über die reine Unterbringung während der ersten Wochen hinaus stärker erste Orientierungshilfen zu geben, Menschen, die vor allen Dingen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion zu uns kommen, mit dem für sie völlig unbekanntem Staats- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik bekannt zu machen. Das Haushaltsvolumen in Unna-Massen bleibt eine lohnende Investition für die Zukunft. (D)

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Haushaltsentwurf ist meiner Meinung nach solide und zukunftsorientiert. Er sichert alle bestehenden und weiter benötigten Strukturen in qualifizierter Form ab, und er ermöglicht die Weiterentwicklung jener neuen institutionellen und konzeptionellen Ansätze, von denen Frau Dedanwala und Herr Dr. Hammad hier berichtet haben und die die nachhaltige Unterstützung der Landesregierung finden. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Horstmann.

Meine Damen und Herren! Damit sind die Beratungen zu den Einzelplänen 08 und 07 abgeschlossen. Bevor wir darüber zur Abstimmung kommen,

(Präsident Schmidt)

(A) möchte ich noch bekanntgeben, daß die laufende Nr. 6 unserer heutigen Tagesordnung, nämlich der Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -, nach diesen Abstimmungen vorgezogen werden soll. Ist das im Hause einvernehmliche Meinung? - Danke sehr. Dann verfahren wir so.

Wir stimmen dann zunächst über den Einzelplan 07 ab. Ich lasse über den Einzelplan 07 entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/807** abstimmen. Wer ist für die Beschlußempfehlung und damit für den Einzelplan 07? - SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? - Die CDU. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der **Einzelplan 07** mit den Stimmen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion in zweiter Lesung **angenommen**.

Ich rufe dann die Abstimmung zum Einzelplan 08 auf, und zwar zunächst den Änderungsantrag der CDU-Fraktion unter der laufenden Nr. 1 in Drucksache 12/821 betr. Kapitel 08 081 und Kapitel 08 084, "Förderung des Schienengutverkehrs der nicht-bundeseigenen Eisenbahnen" sowie "Fortführung des Landesstraßenbaus". Wer ist für diesen Änderungsantrag der CDU-Fraktion? - Das ist die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die Abstimmung über den **Einzelplan 08** auf, und zwar entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/808**.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat gemäß § 53 unserer Geschäftsordnung hierzu eine **namentliche Abstimmung** beantragt.

Nach Absatz 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit "Ja" oder "Nein" zu antworten oder zu erklären, daß sie sich der Stimme enthalten. Ich bitte meine Kollegin Frau Keller, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, gibt es Kolleginnen und Kollegen, die im Laufe des Abstimmungsverfahrens und nachdem ihr Name aufgerufen wurde, noch in den Saal gekommen sind? - Herr Frey.

(Hans Frey [SPD]: Ja.)

- Herr Frey stimmt mit Ja. - Herr Grevener.

(Walter Grevener [SPD]: Ja.)

- Herr Grevener stimmt mit Ja. - Noch jemand? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen.

Ich bitte auszuzählen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 08 bekannt: Mit Ja stimmten 115 Abgeordnete, mit Nein 87 Abgeordnete, 11 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der **Einzelplan 08** mit Stimmenmehrheit in **zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD] begibt sich zu Minister Wolfgang Clement und beglückwünscht diesen mit Handschlag. - Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben uns darauf verständigt, daß Nummer 6 unserer Haushaltsplanberatungen - Einzelplan 02, Ministerpräsident und Staatskanzlei - vorgezogen wird. Ich rufe also auf:

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/802.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Lothar Hegemann das Wort. - Der Ministerpräsident ist unterwegs, er kommt sofort.

Lothar Hegemann (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Staatskanzlei ist natürlich die Schmiede so mancher Gedanken, die in letzter Zeit hier verbreitet wurden. Sie ist die Politikschmiede dieser Landesregierung. Da gäbe es viel zu diskutieren.

Haushaltsmäßig bietet sie allerdings nur wenige Einzelpositionen. Ein Bereich - die Flüchtlingspolitik - wird gleich von meiner Kollegin Ilka Keller angesprochen. Ich möchte mich in meinem kurzen Beitrag auf zwei bis drei Dinge beschränken.

Erstens zum Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen. - Wir haben seit einigen Jahren hier

(C)

(D)